

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingewerbeindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinhölzer und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund  
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:  
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,  
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

### Der Ausschuß des DGB. zur Wirtschafts- und Finanzkrise.

Am 12. Oktober trat der Ausschuß des DGB. im Gebäude des Reichswirtschaftsrats zu Berlin zu seiner neunten Tagung zusammen. Einziger Gegenstand der Beratung war die Stellungnahme zu der Wirtschafts- und Finanzkrise Deutschlands. Das einleitende Referat hielt Theodor Leipart. Deutschland lebe in einer Wirtschaftskrise, wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben. Aussichten auf Besserung der wirtschaftlichen Lage sind nicht vorhanden. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich noch mehr vergrößern. Daraus ergeben sich große finanzielle Anforderungen. Mit Hilfe eines Ueberbrückungskredits will man sich zunächst über die gegenwärtige Zeit hinweghelfen. In solcher Notzeit muß Deutschland besondere Maßnahmen treffen, um der wachsenden Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Verelendung breiterer Volksmassen entgegenzuwirken. Beim Kampf um die Lohnhöhe spielt die Preisgestaltung eine besonders große Rolle. Die Unternehmer wollen erst den Lohn senken und dann im Ausmaß dieser Lohnsenkung die Preise ermäßigen. Eine Preisenkung sei aber ohne Lohnabbau möglich, zumal die Löhne bei vielen Produkten nur einen verhältnismäßig geringen Anteil an den Herstellungskosten ausmachen. Heute komme die kolossale Preisenkung der Rohstoffe am Weltmarkt in der Gestaltung der Fertigwarenpreise nicht zum Ausdruck. Daraus ergibt sich eine große Differenz zwischen den Auslands- und Inlandspreisen. Eine Verschärfung der Kartellkontrolle ist nötig, um diese Differenz zu vermindern. Die Regierung hat sich jedoch in dieser Richtung nur zu einem zaghaften Ansatz aufgeschwungen. Bei der Betrachtung über die Lohnhöhe werden von den Unternehmern die Auswirkungen der Rationalisierung nicht berücksichtigt. Senkt man die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung mit staatlichen Mitteln zugunsten der Landwirtschaft, so muß dies naturgemäß auch die Stellung der Gewerkschaften gegenüber der Landwirtschaft ändern. — Auch die Neuregelung der Wohnungswirtschaft stört in entscheidender Weise die bisherige Wohnungsbaupolitik. Hinfert sollen nur noch 400 Millionen Mark aus der Hauszinssteuer dem Wohnungsbau zugeführt werden. Damit wird die Wohnungsbautätigkeit auf höchstens zwei Drittel des bisherigen Umfangs eingeschränkt. Nach einigen Jahren will man die Wohnungszwangswirtschaft überhaupt aufheben, womit der Wohnungsbau völlig der privaten Bauwirtschaft preisgegeben würde. Damit würde auch der Mieterschutz fallen. Die freie Wirtschaft im Wohnungswesen bedeutet eine Diktatur der organisierten Hausbesitzer gegenüber der Mieterchaft. Ein erträgliches Verhältnis zwischen Lohn- und Mietshöhe ist unbedingt notwendig; deshalb sei der Mieterschutz so lange aufrechtzuerhalten, bis ein soziales Wohn- und Mietrecht geschaffen ist. — Die starke Arbeitslosigkeit ließe sich durch eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit mildern. Dafür sind die Gewerkschaften schon immer eingetreten. Die deutschen Gewerkschaften müssen eine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche solange fordern, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist. Im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung müssen neue Arbeitskräfte eingestellt werden. Ueberstunden sind nur in dringlichsten Ausnahmefällen zulässig. Die Arbeitszeitverkürzung darf jedoch zu einer wesentlichen Senkung des bisherigen Wochenverdienstes nicht führen. Ferner ist die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder nötig, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen. Deutschland gibt jährlich etwa 1,9 Milliarden Mark für Pensionen und Wartegelder aus; von den rund 750 000 Empfängern stehen viele in beruflicher Tätigkeit. Die Notzeit ver-

langt, daß die Arbeitsplätze den Arbeitslosen zu überlassen sind. Ganz entschieden wenden sich die Gewerkschaften auch gegen den Abbau der Arbeitslosen- und Krankendversicherung. Die Versorgung der langfristigen Erwerbslosen muß neu geregelt werden. Die Krisenunterstützung muß grundsätzlich auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden. Die Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summe in den Reichsetat ist dringend erforderlich. — Die Reparationslasten sind eine wesentliche Ursache der Weltwirtschaftskrise und der Störung der deutschen Wirtschaft. Schon stets haben die Gewerkschaften den Standpunkt vertreten, daß es zweifelhaft erscheine, ob die deutsche Wirtschaft die Reparationsbelastung auf die Dauer tragen könne. Die Reparationslasten stellen heute eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben sehr erschwert. Schon vor einem Jahrzehnt sind die Gewerkschaften für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Nur dem Zwange der Verhältnisse folgend haben sie dem Dawes-Plan und später dem Young-Plan zugestimmt, jedoch nie darüber einen Zweifel gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung des völligen Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes sein müsse. Infolge der Preisenkungen und der Steigerung des Goldwertes sind übrigens die Reparationslasten wertmäßig gestiegen. Die Arbeiterchaft muß sich dafür einsetzen, daß die durch die Reparationslasten erzeugte einseitige Belastung des deutschen Volkes beseitigt wird.

Dies waren in aller Kürze die Ausführungen des Genossen Leipart. Fast zwei Tage währte die Aussprache über die Wirtschafts- und Finanzkrise des Deutschen Reiches. Unser Bundesvorsitzende Kollege Bernhard nahm besonders eingehend zu den Fragen der Wohnungswirtschaft Stellung und begründete die Forderungen der Bauarbeiter. Zum Schluß wurde die nachstehende Entschließung einstimmig angenommen.

#### I.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine Weltwirtschaftskrise von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind. Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Seine Verarmung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besonders schwere seiner wirtschaftlichen Lage. In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Maßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht. Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar. Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftsführung. Die überhöhten deutschen Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gesetzliche Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Besonders notwendig hierfür ist eine Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Beseitigung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesausschuß es für dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Mil-

lionen Reichsmark Hauszinssteuergeldern dem Wohnungsbau verbleibt, daß eine bessere Ausschöpfung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückflüsse erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig fließenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbaues umgestaltet wird, daß die stoßweise Beanspruchung des Baumarcktes durch konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite, beseitigt wird und daß der Mieterschutz bis zu seiner Ueberleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrechterhalten bleibt.

Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.

#### II.

Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben versagt. Neue Wege müssen beschritten, neue Entschlüsse gefaßt werden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit, die entsprechend der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft und der Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert.

Der Bundesausschuß fordert infolgedessen eine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche solange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Uebergang die freierwerbenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Ueberstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Ueberstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesausschuß fordert weiter die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

#### III.

Angeichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährden.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Uebernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuweichen.

Die deutsche Arbeiterchaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ersten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungen-

schaffen der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschweren die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

IV.

Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende Mitwirkung in Staat und Wirtschaft. Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerschütterlicher Zuversicht in die befreiende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die Stärkung der Gewerkschaften, für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unvergleichlich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werktätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, jedoch der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird auch diese Widerstände überwinden.

Die vom Ausschuss des ADGB. angenommenen Entschlüsse werden weitgehenden Widerhall in den Kreisen der deutschen Arbeiter und Angestellten finden. Es handelt sich jetzt darum, diese wohlüberlegten Entschlüsse in der Wirtschaft zur Geltung zu bringen. Dies kann nur geschehen, wenn die Masse der deutschen Gewerkschaftsmitglieder sich hinter diese Forderungen stellt und sich verpflichtet, mit allen Mitteln für sie einzutreten. Der Kurs der Reaktion neigt weit nach rechts. Die deutschen Unternehmer sind drauf und dran, sich auf Gedeih und Verderb dem Hakenkreuz zu verschreiben. Geschieht dies, so dürfte sich der Interessenkampf derart verschärfen, daß rein parlamentarische Mittel dann nicht mehr ausreichen, die Interessen der deutschen Arbeiterschaft in jeder Weise hochzuhalten. Die deutschen Gewerkschaften sind auf der Hut.

Auch zu dem von uns bereits in voriger Nummer des „Grundstein“ besprochenen Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie hat der Ausschuss des ADGB. Stellung genommen. Alle Redner erkannten, daß dieser Schiedspruch mit 8% Lohnabbau die Eröffnung der Generaloffensive der deutschen Unternehmer gegen die Löhne der deutschen Arbeiter und Angestellten überhaupt bedeute. Es wurde einstimmig folgende Entschlußfassung angenommen:

In dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzusetzen. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen

Verurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlicherklärung dieses Schiedspruches versucht wird, der Arbeiterschaft den Lohnabbau aufzuzwingen.

So hat der Ausschuss des ADGB. auch in dieser Frage seiner Meinung Ausdruck gegeben. Bei Niederschrift dieser Zeilen ist der Streik im Berliner Metallgewerbe in vollem Gange. Wir wünschen diesem Kampf, der nicht nur ein Kampf der Berliner Metallarbeiter, sondern ein Kampf der deutschen Arbeiterschaft ist, größtmöglichen Erfolg. Die Kommunistische Partei versucht allerdings, ohne irgendwelche Berechtigung, mit ohnmächtiger Wichtigkeit in diesen Kampf des Deutschen Metallarbeiterverbandes einzugreifen und in jeder Weise Mißtrauen und Zersplitterung zu säen. In der „Roten Fahne“ wird, obwohl der Einfluß der Bolschewiki auf diesen Streik gleich Null ist, dieser Kampf aufgebaut zu einem Kampf unter Führung der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“, ihrer provisorischen Streikleitung und ihrer „selbstgewählten Kampfleitungen“. Frech und anmaßend versucht diese Partei sich den Berliner Metallarbeitern aufzudrängen, ohne dazu irgendwie legitimiert zu sein; sie sucht Verwirrung zu stiften, ohne darauf zu achten, in welcher verbrecherischen Weise dadurch die notwendige Einheitlichkeit dieses Kampfes und das Vertrauen auf den Streikerfolg gestört wird. Aber diesen Leuten kommt es ja gar nicht auf den Erfolg an; es kommt ihnen, wie in allen solchen Fällen, nur darauf an, ihre Partei juppchen an derlei Kämpfen zu kochen und den Gewerkschaftsgedanken zu schwächen. Schüchtern meldet sich auch schon der Versuch, zur „Verbreiterung der Kampffront“ alle übrigen Arbeiter zum Kampf aufzurufen und den Generalstreik vorzubereiten. Alles soll drunter und drüber gehen. Auch verlangen diese gewissenlosen Strategen in der „Roten Fahne“ die Unterstützung der Unorganisierten bei diesem Kampf, jener Leute, die ausgesprochene Feinde der Gewerkschaften sind und sie nur dann in Anspruch nehmen möchten, wenn der von den Organisationen errungene Lohn auch bei ihnen gefährdet erscheint, und sie dann glauben, aus einer Kasse, zu der sie nie etwas gesteuert haben, nunmehr ebenfalls Unterstützung herauszuholen zu können. Dazu sei nur gesagt, daß eine solche Begünstigung von unorganisierten Arbeitern jeder gewerkschaftlichen Ueberlegung widerspricht. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß die hundsgemeine Zersplitterungsaktion, die die KPD. auch in diesem schweren Kampf entfesselt hat, abprallen möge an der Einigkeit und an dem gesunden Sinn der Berliner Metallarbeiter. Wir wünschen diesem Kampf den besten Erfolg! Der Kampf, der hier geführt wird, ist auch der unsere!

Das Dumping und der starke Mann als Deutschlands Retter!

Auslassungen diverser Unternehmer in industriellen Scharfmacherblättern zeigen die enge geistige Verbundenheit dieser wirtschaftlichen Scharfmacher mit der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Wenn man einen Blick in die unternehmerische Scharfmacherpresse wirft, so ist man erstaunt über die „Weisheitsblüten“, die darin nach dieser Richtung hin das Licht der Welt erblicken. Noch nie hat die industrielle Scharfmacherei solche Auswüchse hervorgebracht, wie wir sie heute in dieser Presse fast täglich lesen können. So finden wir in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ Nr. 240 eine Zuschrift von „einem der ersten deutschen Industriellen“. Dieser Anonymus — denn seinen Namen nennt der Mann nicht — betrachtet als das wichtigste Problem dieser Zeit die Lösung der Arbeitslosenfrage. Der gleichen Meinung sind auch wir. Aber fragt nur nicht, in welcher Weise dieser „erste deutsche Industrielle“ das Problem anpacken will! Er phantasiert nämlich, die Arbeitslosigkeit könne nur beseitigt werden durch Mehrarbeit. So würde eine Stunde Arbeitszeitverkürzung im Bergbau, den Bergbau in die Lage versetzen, der ausländischen und besonders der englischen Konkurrenz wirksam entgegenzutreten“. Die unverkäuflichen Kohlenberge in Deutschland seien deshalb so hoch, weil der Bergbau sich nicht zu einer Preisenkung entschließen könne. Auch für andere Industriearten und für die Landwirtschaft würde sich die Krise bald regeln lassen, wenn eben die Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen verlängert würde. Man denke: Angesichts von drei Millionen Arbeitslosen in Deutschland schlägt dieser Mann vor, die tägliche Arbeitszeit noch mehr zu verlängern! Damit glaubt er, der Arbeitslosigkeit steuern zu können. Man weiß nicht, was diesem Mann mehr die Sinne verkapselt: Der Haß gegen die Arbeiterbewegung oder die Engstirnigkeit, mit der er zu einer solchen Frage Stellung nimmt. Dieser „erste deutsche Industrielle“ erkennt im Dumping die Rettung Deutschlands. Mit niedrigen Löhnen und längerer Arbeitszeit will er die Weltkonkurrenz aus dem Felde schlagen. Der Mann übersieht ganz, daß ein solches Beispiel, wenn es in Deutschland wirklich zur Tatsache würde, ohne weiteres auch auf die Konkurrenzländer Ausdehnung fände und daß man dort den Arbeitern dann ebenfalls Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau aufzwingen würde, um dem Dumping Deutschlands mit einem Dumping des Auslandes wirksam entgegenwirken zu können. Und das ist im Ausland noch eher möglich, als in Deutschland; denn Deutschland hat bekanntlich die stärksten Arbeiterorganisationen, die einem Lohnabbau und einer Arbeitszeitverlängerung am ehesten mit Nachdruck und Erfolg die Spitze bieten könnten! Die Folge eines solchen internationalen Unternehmervorstoßes wäre dann nur, daß man sich auf Kosten der Arbeiterschaft gegenständig niederzukonkurrieren suchte. Die Arbeiter wären dabei die Leidtragenden und die Unternehmer hätten dabei keinen Vorteil.

Natürlich fragt dieser „erste deutsche Industrielle“ auch nach der Schuldfrage an der heutigen Wirtschaftskrise. Die

schiebt er natürlich den Gewerkschaften in die Schuhe. Dabei wärmt dieser „Wirtschaftsführer“ auch zugleich den alten Schwindel auf, in Deutschland seien 70 000 Gewerkschaftssekretäre vorhanden. Dieser Schwindel ist schon einmal durch die Presse gegangen und sackte dann unter allgemeinem Hohngelächter in den arbeiterfeindlichen Lägerjumpf. Nunmehr wiederholt dieser „erste deutsche Industrielle“ den alten Schwindel. Es ist bekannt, daß im Durchschnitt auf rund 1000 Gewerkschaftsmitglieder ein Angestellter kommt. Danach dürften in Deutschland etwa 6000 Gewerkschaftssekretäre vorhanden sein. Es entsteht die Frage: Ist dieser „erste deutsche Industrielle“ wirklich ein solcher oder ein ganz gewöhnlicher journalistischer Schmierfink? Seine lägenhafte Bemerkung kann doch nur auf Leute Eindruck machen, denen der § 51 zur Seite steht. Eine einfache Rechnung sagt uns, daß nach dieser Aufmachung auf etwa 80 Gewerkschaftsmitglieder immer ein Sekretär käme

Doch das nur nebenbei. Wörtlich erklärt dieser unternehmerliche Demagoge: „Eines ist absolut sicher, nämlich, daß es in zwei Jahren keinen einzigen Arbeitslosen mehr geben würde, wenn die vorhandenen 70 000 Gewerkschaftssekretäre verschwinden würden und dafür die Wirtschaft nur von einem einzigen Menschen geführt werden könnte, der unbekümmert um politische Sonderinteressen seinen geraden Weg ginge. Dabei würde es dieser Führer nicht einmal nötig haben, die Löhne und Gehälter in ihrer Totalität zu ändern. Die Ausgaben für soziale Lasten würden durch Verschwinden der Arbeitslosen von selbst ermäßigt werden. Der Führer würde von dem Volk nur eine höhere Leistung verlangen müssen, wie sie einzig und allein durch Verlängerung der Arbeitszeit zu erzielen wäre“. Da haben wir den Schrei nach dem starken Mann! Vielleicht hilft sich der unbekanntere Verfasser dieses Elaborats als dieser starke Mann und das deutsche Volk sollte ihm Ehrenportien bauen, da er ja doch mit einem Federstrich die deutsche Wirtschaft ankurbeln kann in so ausgezeichneter Weise, daß alle Ausgaben für soziale Lasten verschwinden, weil ja bei Verlängerung der Arbeitszeit alle Proleten in Arbeit gebracht werden könnten. Und so schließt nun dieser „Wirtschaftsführer“ seinen Aufsatz: „Der langen Rede kurzer Sinn: Fort mit den parteipolitisch eingestellten Gewerkschaftssekretären aller Berufsstände, die die Wirtschaft bisher in hohem Maße und mit Mißerfolg beeinflusst haben, ohne die komplizierten Zusammenhänge der einzelnen Wirtschaftszweige unter sich zu verstehen. Dafür Befehlung eines von der Politik nicht beeinflussten Wirtschaftsdirektors, der unter Garantie dafür sorgt, daß alle Arbeitslosen, einschließlich der Angestellten, alsbald wieder Beschäftigung und Brot erhalten!“

Hier hat einmal ein typischer Vertreter einer unfähigen Unternehmerrclique aus seinem Herzen keine Mordgrube gemacht. Die Schuld schiebt er, wie jeder andere seines Kalibers, auf andere. Und so etwas nennt sich Wirtschaftsführer, obwohl dieser Zeitgenosse schon längst reif wäre, als

solcher zu allen Teufeln gejagt zu werden. Gerade diese Wirtschaftskrise beweist das geistige Unvermögen jener Leute. Auch ihre Auslassungen beweisen das. Sie erkennen ja selbst an, daß sie allein es nicht schaffen können und deshalb schreien sie nach dem Wirtschaftsdiiktator.

Wir haben zu diesem Aufsatz in der „Bergwerkszeitung“ nur Stellung genommen, um zu zeigen, welche geistige Verfassung heute solche „Wirtschaftsführer“ beherrscht. Und dieses Beispiel ist nicht etwa vereinzelt. Wir finden es auch in anderen Unternehmerblättern. Erwähnt sei an dieser Stelle der „Baukurier“ vom 14. Oktober. Das Blatt begrüßt den auf 8% Lohnabbau lautenden Metallarbeiterschiedspruch mit größter Freude, glaubt diese 8% Lohnabbau bereits verwirklicht und bezeichnet diesen Abbau als eine „Bresche in die deutsche Lohnmauer“. Der „Baukurier“ sieht in diesem Spruch einen „Austakt zu der im Interesse der Gesamtwirtschaft notwendigen allgemeinen Lohnabbauaktion“. Und nun glaubt das Blatt, jetzt sei auch für die Bauwirtschaft die Bahn frei zur Senkung der Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit. Es könne nun kaum noch zweifelhaft sein, daß die Lohnabbaubewegung im Reiche ihren Fortgang nehmen werde. Wie geträulich faßelt das Blatt dann von den „stark übersehten“ Löhnen in der Bauwirtschaft. Der Ausgang des Konfliktes in der Berliner Metallindustrie werde für die Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die Bauwirtschaft erhoffe von einem Lohnabbau nicht nur eine Verbilligung der Baukosten, sondern auch einen Anreiz für das private Kapital, Gelder dem Baumarkt zuzuführen. Durch Lohnsenkung und sonstige Kostenminderungen würden die Rentabilitätsaussichten im Baugewerbe erhöht.

Wir sehen also die Ansicht jenes fagenhaften „ersten Industriellen“ in der „Bergwerkszeitung“ in abgebläfter Form im „Baukurier“ wiederholt. Man weiß nicht, wie es in den Köpfen solcher „Wirtschaftsführer“ oder industriellen Schmieranten aussieht. Jener „erste Industrielle“ will Deutschlands Ausfuhr steigern durch Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. Der „Baukurier“ will die deutsche Bauwirtschaft mit den gleichen Mitteln ankurbeln. Dabei liegt es so, daß Deutschlands Ausfuhr seit dem Jahre 1925, jener Zeit, als die ersten Lohnverbesserungen der zum Frühjahr 1924 maßlos herabgesetzten Arbeiterlöhne vor sich gingen, ständig gestiegen ist. Im Jahre 1925 führte Deutschland für 9,4 Milliarden Mark Waren aus, im Jahre 1926 für 10,5 Milliarden, im Jahre 1927 für 10,9 Milliarden, im Jahre 1928 für 12,4 Milliarden und im Jahre 1929 gar für 13,5 Milliarden Mark. Trotz der erhöhten Löhne, über die das deutsche Unternehmertum heute ein einstimmiges Lamento anstimmt, ist die Ausfuhr Deutschlands jetzt 1929 ständig in die Höhe gegangen. Im Jahre 1929 hat sogar der Wert der Ausfuhr den Wert der Einfuhr überflügelt. Trotz der „übersehten“ Löhne hat sich also Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt wesentlich gebessert.

Aber so etwas ist für unsere „Wirtschaftsführer“ kein Beweis. Und im Falle des „Baukurier“ erwartet man von einer allgemeinen Herabsetzung der Löhne ein Steigen der Rentabilitätsaussichten im Baugewerbe. Vor einiger Zeit lasen wir in dem gleichen Blatte, daß neugebaute Wohnungen nicht bezogen werden könnten, weil die Miete dafür unerschwinglich wäre. Trotz alledem verlangt das Blatt einen erheblichen Lohnabbau nicht nur für die baugewerblichen Arbeiter, sondern für alle Arbeiter und Angestellten Deutschlands! Da entsteht die Preisfrage, wer denn dann für die neugebauten Wohnungen, die ja doch auch bezogen werden sollen, die Miete aufbringen kann. Im günstigsten Falle hielte die Lohnherabsetzung der Verbilligung der Wohnung die Waage und alles bliebe beim alten. Aber solche Gedankengänge kommen ja heutzutage unseren Wirtschaftspolitikern nicht! Sie bestehen unentwegt auf Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung, damit wollen sie es schaffen! Und dann schreien sie nach dem starken Mann, der ihnen goldene Berge und der Arbeiter- und Angestelltenschaft größtmögliche Verelendung bringt. Es wäre nur zu wünschen, daß die deutsche Arbeiterklasse noch einmal zur Herrschaft gelangte wie im Jahre 1918. Sie dürfte dann mit Leuten, die aus nächstem Profitinteresse auf dem Elend der deutschen Arbeiterklasse herumtrampeln möchten, nicht wieder so glimpflich verfahren wie damals!

Arbeit oder Untergang?

Unter dieser Ueberschrift lasen wir kürzlich einen Artikel in der Reichsbannerzeitung, der den Oberpräsidenten z. B. Otto Hörsing zum Verfasser hat. Wir können uns nicht verlagern, den diesen Aufsatz beherrschenden Gedankengang an dieser Stelle in aller Kürze wiederzugeben. Genosse Hörsing sagt einleitend, daß der Ausfall der Reichstagswahl für Deutschland politisch und wirtschaftlich unermesslichen Schaden gebracht hat. Außen- und innenpolitisch liege ein Trümmerhaufen vor uns, dazu komme eine Unsicherheit und Schwüle wie im Frühling 1924. Es müsse Aufgabe aller staatsbehaltenden Parteien sein, sich sofort zu einer starken Regierung zusammenzufinden. Aus dem Willen der so zustande gekommenen Regierung müsse scharf erkennbar sein, dem hochverräterischen Treiben der Nationalsozialisten und Kommunisten, dem Straßenkampf mit Knüppel, Dolch und Revolver und dem wüsten Treiben ihrer Presse ein radikales Ende zu setzen. Nur dann könne das Reich innenpolitisch und auch im Auslande an Ansehen gewinnen. Der Dauererfolg für den Aufbau liege aber darin, produktiven Gewinn bringende Arbeit für die Menschen zu schaffen. Man dürfe nicht alles mit dem Schlagwort „Weltwirtschaftskrise“ abtun. Man müsse vielmehr den Vorschlägen folgen, die von gewissenhaften Volkswirtschaftlern und von den Gewerkschaften gemacht werden. Zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise sei nötig, produktive, dauernd gewinnbringende Arbeit in größtem Ausmaße zu schaffen. Und nun bemüht sich Genosse Hörsing, gangbare Wege zu zeigen, um dem heutigen Wirtschaftselend zu entinnen.

In erster Linie verlangt er die gesetzliche Herabsetzung und Festlegung des Zinsfußes. Ueberall höre man: „Die Zinsen sind zu hoch, diese und die Bankprovision fressen alles auf.“ Deshalb sei es nötig, den Vorkriegszustand gesetzlich annähernd wieder herzustellen. Zinsen für langfristiges Geld dürften 6%, für kurzfristiges Geld 5% nicht überschreiten. Die übertriebene Bankprovision müsse völlig verschwinden, die Zinsen müßten im angemessenen Verhältnis zum Reichsbankdiskont stehen. Den Bank- und Geldinhabern müsse unterlagt werden, eine die Wirtschaft abwürgende Zinspolitik zu betreiben. Weiter tritt Hörsing ein für ausreichende Preise für alle Produkte der Landwirtschaft. Allen Menschen müsse

die Existenzmöglichkeit gegeben werden. Die Döfliche und die Roggenfütterungsaktion helfe nur einem Bruchteil und vergrößere die große Mehrheit der Landwirtschaft. Man sei erschrocken über die Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse beim Produzenten und Konsumenten. Danach bezieht die Landwirtschaft für ihre Produkte heute weniger als in der Vorkriegszeit; hinzu kommt die gewaltige Handelspanne und damit die Teuerung beim Konsumenten. Betrachtet man den Preis des Fleisches im Lebendgewicht beim Landwirt und im Laden, so ergibt sich, daß der Konsument entweder 20 bis 40 % je Pfund zu viel bezahlt oder der Landwirt 10 bis 20 % zu wenig erhält. Oft ist die Spanne noch erheblich größer. Dasselbe trifft zu bei der Körnerfrucht. Der Landwirt könnte für jeden Zentner Getreide 2 M mehr bekommen, ohne daß der Konsument auch nur einen Pfennig für Brot oder Mehl mehr zu zahlen bräute. Genau so liege es bei allen übrigen Erzeugnissen der Landwirtschaft. Die Handelspanne ist viel zu hoch. Wenn die Landwirtschaft einen angemessenen Preis bekommt, dann kann sie ihre Arbeiter auch besser entlohnen, wird selbst kaufkräftig und starker Konsument von Landwirtschaftsgeräten aller Art. Damit würde der innere Markt belebt und neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Deshalb sei die Festsetzung von Mindestpreisen für die landwirtschaftlichen Produkte beim Landwirt und von Höchstpreisen für den Konsumenten nötig. Die unentbehrliche ausländische Lebensmittelfuhr müsse durch ein Staatsmonopol geregelt werden, solange, bis der Weltmarkt den Ausgleich schafft.

Genosse Hörning geht dann über zur Frage der **Grö- arbeitsbeschaffung**. Ueberflüssigkeiten richten sich in jedem Jahre für viele hunderte Millionen Mark Schaden an. Die Gebirgsflüsse müßten durch große Talsperren abgefangen werden. Beim Bau solcher Talsperren könnten mehrere hunderttausend Menschen beschäftigt werden. Ferner wären aus den Talsperren ungeheure Mengen elektrischer Energien zu gewinnen. Diese elektrischen Energien könnten vornehmlich zur Elektrifizierung der Eisenbahn dienen. Deshalb wäre nötig, mit der Elektrifizierung der Reichseisenbahn sofort zu beginnen. Viele Arbeiter könnten dabei ihre Beschäftigung finden. Mit der Elektrifizierung der Eisenbahn würden große Mengen Kohle frei. Da aber im Bergbau Einschränkungen der Arbeit vermieden werden müßten, wären sofort große Anlagen zur Auflösung der Kohle in Öl und Betriebsstoffe aller Art zu errichten. Mit dem Kohle und der zur Auflösung nicht geeigneten Braunkohle könne man die Elektrizitätswerke dort, wo durch Talsperren keine Elektrizität zu schaffen ist, feuern und betreiben. Mit dem Bau der riesigen Anlagen zur Auflösung der Kohle würde ebenfalls viel Arbeit geschaffen. Außerdem würde sich das Reich durch die Produktion eigenen Deles und anderer Betriebsstoffe vom Ausland unabhängig machen. Der etwa noch fehlende Bedarf an solchen Stoffen wäre durch ein Staatsmonopol zu kontrollieren.

Eine starke Herabsetzung der Eisenbahn-Personen- und Gütertarife hält Genosse Hörning ebenfalls für nötig. Heute richte die Tarifgebahrung der Eisenbahn das Wirtschaftsleben zugrunde und mache jede Neubelebung und Arbeitsbeschaffung zunichte, weil man die Eisenbahn durch die heutigen Methoden zugrunde richte. Auf allen Chausseen laufen heute Riesenlastautos. Personenautos größten Ausmaßes verbinden vielfach auch Orte, die Bahnverbindung haben. Diese Autos fahren Straßen und Brücken in kurzer Zeit in Grund und Boden. Die Städte und Kreise brechen unter dieser völlig unproduktiven Straßen- und Brückenbauart zusammen. Immer größer werde auch die Gefahr für die Hochbauten in den Städten. Die Erschütterung der Gebäude muß sich mit der Zeit verheerend auswirken. Während dieser Unfug immer größeren Umfang annimmt, erhöhe die Reichsbahn die Tarife für den Personen- und Güterverkehr, baut Beamte ab, entläßt ganze Scharen von Arbeitern und Angestellten, schränkt die Neubeschaffung von Lokomotiven und Wagen ein, und wo diese Neubeschaffung nicht zu umgehen ist, muß die Eisenbahn Anleihen aufnehmen und feurere Zinsen zahlen. Das Ganze sei ein wirtschafts- und verkehrsfeindlicher Zustand ohne gleichen. Dieser Zustand müsse beseitigt werden. Die Reichsbahn müsse wieder das Monopol zur gewerksmäßigen Beförderung von Personen und Gütern von Ort zu Ort bekommen, neben den konzessionierten Schiffahrtsgesellschaften. Auf diese Weise könnten die Personen- und Gütertarife der Vorkriegszeit angepaßt werden. Man baue Lokomotiven und Waggonen statt der ständigen Erneuerung der Eisenbahnoberbau statt der ständigen Erneuerung der Straßen und Brücken. Eine gut florierende Eisenbahn wird mehr Angestellte und Arbeiter aufnehmen können, als es heute bei Bau und Betrieb der schauderhaften Lastzüge möglich ist.

Dann verlangt Hörning die Herabsetzung der Syndikatspreise. Die Preise vieler Waren, die durch Syndikate und Trusts festgesetzt und kontrolliert werden, seien bis zu 30 % zu hoch. Diese Preise müssen herunter. Ein Reichsgesetz muß ihre Festsetzung und ständige Kontrolle festlegen. Der heutige Zustand ist in keinem Falle länger tragbar. Ausländer sollten bei der heutigen Krise in Deutschland möglichst nicht beschäftigt werden. Ferner sei ein Erwerbsverbot für Pensionäre notwendig. Es sei unerträglich, wenn Beamte des Reichs, der Länder oder Kommunen nach ihrer Pensionierung wieder einen Erwerb in der Privatwirtschaft ergreifen und dennoch ihre volle Pension weiterbeziehen. Beispielsweise sei es ein glatter Skandal, wenn sich ein Oberbürgermeister pensionieren läßt, sich dann in derselben Stadt als Anwalt etabliert und durch seine Bekanntschaften und erworbenen Kenntnisse mindestens zwei Anwälte die Existenz nimmt. Jedem Pensionär, der 400 M und mehr Pension je Monat erhält, müsse jede Erwerbstätigkeit grundsätzlich verboten werden. Des weiteren rede Otto Hörning von einer Verlängerung der Schulzeit um ein volles Schuljahr, vor allem aber der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 7 Stunden das Wort. Beides müsse zur Behebung der Arbeitslosigkeit durch Gesetz durchgeführt werden.

Zum Schluß sagt Genosse Hörning, er habe seine Vorschläge mit Politikern und Wirtschaftlern jeder Art durchgesprochen und damit allseitig Zustimmung gefunden. Es lauche nunmehr die Frage auf, woher die Mittel zu nehmen wären, wie die Sache anzufassen und aufzuziehen wäre. Träger des ganzen Arbeitsbeschaffungsprogramms müsse das Reich sein, vertreten durch die Reichsregierung, der der Ausschuß für produktive Arbeitsbeschaffung zur Seite steht, der ehrenamtlich alles vorbereitet, beschließt und der Reichsregierung zur Zustimmung vorlegt. Das Reich müsse eine

mit 5 % verzinsbare, mündelsichere Schulverschreibung für produktive Arbeitsbeschaffung auflegen, der nach gesetzlicher Bestimmung die Banken, Sparkassen, privaten und staatlichen Versicherungsgesellschaften mindestens 25 % des Geldes, das sie anlegen, zuzuführen hätten. Auch Privatpersonen könnten ihr Geld hergeben, und wenn die Welt erst sieht, daß mit der Arbeitsbeschaffung wirklich Ernst gemacht wird, dann werden auch die ins Ausland geflohenen Milliarden deutschen Kapitals wieder zurückkommen. Die Geldbeschaffung wird viel weniger schwierig sein als die Verzinsung und Amortisierung bis zu der Zeit, wo die durchgeführten Unternehmen die Verzinsung selbst aufbringen. Wenn die Verzinsung gar nicht anders möglich wäre, müßte die Reichsanstalt 25 % des Betrages, den sie dem erwerbslosen Vollarbeiter zahlt, solange zahlen, bis die Unternehmen aus eigenem Gewinn sich selbst tragen. Das Interesse der Nation, der Republik siehe höher als all die verschiedenartigen Interessen und Sonderinteressen. Es handele sich um Sein oder Nichtsein. Deshalb müsse alles getan werden, den Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen. Der Untergang Deutschlands müsse verhindert werden durch Arbeitsbeschaffung.

Aus den Vorschlägen Hörnings sprechen Ueberlegtheit und gesunder Sinn. Hörning macht Vorschläge der verschiedensten Art, um Deutschland aus seinem wirtschaftlichen Schlamassel herauszuhelfen. Seine Vorschläge heben sich in äußerst vorteilhafter Weise ab von den Vorschlägen jener Industriellen und wirtschaftlichen Scharfmacher, die wir an anderer Stelle in dieser Nummer beleuchteten. Hörning hat sich vom einfachen Arbeiter zu seinen Wirtschaftskennnissen aufgeschwungen. Unsere hochgebildeten „Wirtschaftsführer“, die nur ihre Profitinteressen sehen und engstirnig und kurzichtig alles niederknüppeln möchten, was dem entgegensteht, könnten sich von dieser Einsicht Hörnings wahrhaftig ein gutes Stück abschneiden!

### XI. Tagung des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen.

Am 13. und 14. Oktober hielt der Deutsche Ausschuß für wirtschaftliches Bauen in Köln a. Rh. seine XI. Tagung ab. Die Tagung wurde gefördert vom Reichsarbeitsministerium, vom Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt und der Stadt Köln; außerdem wirkte die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen e. V. mit, ferner Architektenorganisationen und Wohnungsfürsorgegesellschaften. Die amtliche Förderung hinderte aber einige Begrüßungsredner nicht, über den Rahmen einer lediglich auf Wirtschaftlichkeit bedacht sein sollenden Tagung und Organisation hinauszugehen. Wir bedauern solche Entgleisungen um so mehr, da wir den Arbeiten des Ausschusses für wirtschaftliches Bauen mit Interesse gegenüberstehen und wünschen, daß sie zum Wohle der gesamten Bauwirtschaft weiter betrieben werden. Zweifellos hat auch der Präsident des Ausschusses, Herr Regierungsbaurat Rudolf Stegemann, Leipzig, in den zehn Jahren des Bestehens des Ausschusses gute Arbeit geleistet. Wir sind auch mit ihm der Meinung, daß trotz der schweren Lage, in der sich die Bauwirtschaft befindet oder gerade deswegen, die Frage des — wie er es nannte — „Beredlungsprozesses im Baugewerbe mit immer größerer Dringlichkeit ihrer Lösung harre. Aber schon die Wendung von der „Befreiung von Wohnungsnot und Zwangswirtschaft“, eine Wendung, die wir in anderer Form schon bei der Eröffnung der Baumeße in Leipzig hörten, erscheint uns nach wie vor völlig unangebracht. Auch im Ausschuß für wirtschaftliches Bauen sollte bald die Erkenntnis eindringen, daß selbst das wirtschaftlichste Bauen niemand nützt, wenn nicht eine genügend stark fließende Kapitalquelle zur Verfügung steht. Eine solche, allerdings nicht genügend stark fließende Kapitalquelle ist die Hauszinssteuer, die man aber sonderbarer Weise mit der Zwangswirtschaft beseitigen will.

Auf welche schiefe Bahn sich Herr Regierungsbaurat Stegemann diesmal begeben hatte, zeigten folgende Ausführungen des Vertreters der Reichsregierung, Ministerialrat Schmidt, Berlin, dessen Begrüßungsworte von stark politischer Färbung waren, was man nicht zu bedauern braucht, die aber doch, das muß festgestellt werden, mit der rein wirtschaftliche Zwecke verfolgenden Tagung sehr wenig zu tun hatten. Dafür ging Ministerialrat Schmidt noch weiter als Baurat Stegemann und forderte die „Entlastung und Sicherung des Alltagsbesitzes.“ Er brauchte auch nicht zu befürchten, daß er auf dieser Tagung — auf der keine Aussprache vorgesehen war — etwa befragt werden würde, was sich die Reichsregierung eigentlich bei der Wegnahme weiterer 400 Millionen Mark von den Hauszinssteuermitteln denke. Ministerialrat Schmidt redete von der großen Arbeitslosigkeit und von den Wegen zur Behebung dieses Übels, beschränkte sich aber auf die Erklärung, autorisiert zu sein, mitzuteilen, daß die Reichsregierung für den kommenden Winter alles tun werde, um — allerdings im Rahmen bescheidener Mittel — den Arbeitsmarkt zu beleben. — Ein Kuriosum in der Begrüßungssprache Stegemanns sei noch hervorgehoben. Dem Zug der Zeit entsprechend gedachte auch er der Befreiung des Rheinlandes von fremder Besatzung und schloß diesen Teil seiner Ansprache mit den Worten: „Möge nie wieder feindlicher Fuß das Rheinland betreten.“ Die abgemachte Redewendung vom feindlichen Fuß zeigte ihre Unangebrachtheit sofort, als er die Vertreter des Auslandes, darunter die Vertreter Frankreichs begrüßte und in diesem Zusammenhang sogar von der völkerverbindenden Arbeit des Ausschusses für wirtschaftliches Bauen sprach. Vielleicht haben sich unter den Gästen etliche „feindliche Füße“ befunden, deren Inhaber im Mutterlande für die weitere Befreiung des Rheinlandes eingetreten sind; denn man kann unter „feindlichen Fuß“ doch unmöglich die große Masse der Soldaten meinen, die wider ihren Willen im Auslande statt in ihrem Vaterlande Dienst tun mußten. — Eine weitere, sehr abgegriffene Wendung, die auf der Tagung oft gebraucht wurde, war das Wort von unserer „verarmten Wirtschaft“, deren Armut es nicht einmal zulasse, genügend Mittel für die Erforschung wirtschaftlichen Bauens zur Verfügung zu stellen. Daß die Wirtschaft nicht so arm ist, um die Mittel für ihre Weiterentwicklung zur Verfügung zu stellen, zeigen immer noch die durchweg guten Geschäftsabschlüsse. Auch im Baugewerbe! Wir können uns gut erinnern, daß auf der vorjährigen Tagung der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen in Berlin, Herr Professor Garboß von der Technischen Hochschule Charlottenburg, gegenüber anmaßenden Ausführungen des

Vertreters einer Bauorganisation darauf hinwies und bitter darüber klagte, daß sich gerade die Unternehmerverbände bei der Arbeit in der Reichsforschungsgesellschaft schamlich beiseite gedrückt haben. In Wirklichkeit hat die Wendung von der „verarmten Wirtschaft“ und von „unserem verarmten Volk“ meistens einen sozialreaktionären Hintergrund. Selbst bei einer so überparteilich sein sollenden, sich lediglich auf wirtschaftliche Forderungen beschränkenden Tagung, wie die des Ausschusses für wirtschaftliches Bauen, zeigte sich der sozialreaktionäre Pferdesuß. Dafür sorgte Herr Baurat Dr.-Ing. Rieper, Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Er erklärte als „das Gebot der Stunde die Notwendigkeit der Senkung der Kostenfaktoren, in erster Linie des Lohnkostenfaktors als des größten.“ Dies forderte er mit einer derart zynischen Offenheit, daß man annehmen konnte, er habe sich den Tenor dieser Erklärung nur herausgenommen, weil er wußte, daß es keine Diskussion gab. Selbstverständlich ist, daß die Leitung einer Tagung nicht für den Inhalt von Begrüßungsansprachen verantwortlich gemacht werden kann, aber nach dem schon Gehörten konnte man nicht mehr erwarten, daß der Präsident etwa feststellen würde, die Auffassungen des Herrn Rieper befänden sich nicht in Uebereinstimmung mit den Arbeiten des Ausschusses. Präsident Regierungsbaurat Stegemann erklärte nach Beendigung der Begrüßungsansprachen sogar, daß die Ansprachen hohe fachliche Bedeutung hätten; er machte sich damit die Ausführungen seiner Vorträger zu eigen.

Den zum Teil sehr bedauerlichen Begrüßungsansprachen folgte eine Reihe sehr instruktiver, rein sachlicher Vorträge, von denen sich allgemein sagen läßt, daß sie auf sachlicher Höhe standen. Der Lichtbildervortrag des Herrn Dr. Riech, Professor an der Technischen Hochschule in Darmstadt, scheint uns nicht recht am Platze gewesen zu sein. Er war allzusehr Elementarunterricht und im weiten Kreise der großen Versammlung von 1000 Teilnehmern hatte man das Gefühl, als ob der Professor glaube vor einem Auditorium von Schülern zu reden, die im ersten Semester stehen. Schließlich kann es — auch unserer Meinung nach — nicht Aufgabe des Ausschusses sein, sich allzusehr mit den einzelnen fachlichen Klein-Details zu beschäftigen. Unserer Meinung nach müssen alle Aufgaben der Wirtschaftlichkeit beim Bauen nicht zuletzt auch vom sozialen Standpunkt aus betrachtet werden, inwieweit die einzelnen Empfehlungen und Maßnahmen geeignet erscheinen, die Wohnungsfrage zu lösen. — Instruktive Vorträge hielten: Dr.-Ing. Jobst Siedler über den Stahlblechbau im Wohnungsbau, der aber ausklang wie eine Werbung zum Bauen nach dem Motto: „Stahl überall.“ Mit großer Leidenschaft trat Professor Schmickhener aus Stuttgart für den Holzblechbau ein. Er sprach nicht etwa wie ein Vertreter von Fabrikanteninteressen, sondern als ein von seiner Sache durchaus Ueberzeugter. Er baut, um es kurz zu sagen, Häuser und ganze Siedlungen im Fachwerkbau und ist davon überzeugt, daß sie die billigste und — bei richtiger Anwendung — auch die zweckmäßigste Bauart ist. Einige andere Vorträge bewerteten die verschiedenen Bauweisen, unterrichteten über massive Decken im Wohnungsbau, über Decken- und Estrichkonstruktionen und boten manches Neue. Außerst interessant waren auch die Ausführungen des Herrn Dr. Riech vom Vorstand des Instituts für Schall- und Wärmeforschung an der Technischen Hochschule Stuttgart über die neuesten Untersuchungen auf dem Gebiete des Schalles und der Erschütterung in Wohnbauten. Alle Vorträge werden in einer demnächst herauskommenden 9. Folge „Vom wirtschaftlichen Bauen“, Schriften des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen, erscheinen.

Unser besonderes Interesse richtete sich auf den Vortrag des schon erwähnten Ministerialrates Dr. Schmidt vom Reichsarbeitsministerium über „Die Möglichkeiten und die Bedeutung der Winterarbeit im Baugewerbe.“ Er brachte aber zu diesem Thema nicht viel Neues, bezog sich zum großen Teil auf die Ausführungen von Dr. Günther Kühn, über die wir bereits zu Beginn dieses Jahres, anlässlich einer Tagung des Vereins für Soziale Reform berichtet haben. Wir sind besonders angezogen der Tatsache, daß es in diesem Jahre nicht einmal möglich war, die Bauarbeit im Sommer gut zu beschäftigen — annähernd 40% aller Bauarbeiter waren während des ganzen Sommers erwerbslos — dafür, daß das Thema der Winterarbeit im Baugewerbe grundsätzlich nur davon ausgehend behandelt werden darf, daß zusätzliche Aufträge geschaffen werden, die, im ganzen gesehen, eine Belebung und Hebung der Beschäftigungsmöglichkeit im Baugewerbe und eine Steigerung des Jahresarbeitsverdienstes mit sich bringen. Selbst die beste Auftragsverteilung über das ganze Jahr würde der Gesamtbauwirtschaft keine Vorteile bringen, wenn es nicht gelingt, dem Wohnungsbau mehr Kapital zur Verfügung zu stellen und überhaupt dem Baugewerbe mehr Aufträge zuzuleiten. Der oft geübte Blick nach Amerika ist ja ganz schön, kann uns aber nicht begeistern, da die Wirtschaftsführer in Deutschland zwar amerikanischen Ergebnisse erzielen möchten, aber nicht die amerikanischen Voraussetzungen — auffällige Löhne usw. — schaffen. Wenn Ministerialrat Schmidt den amerikanischen Präsidenten Hoover zitiert, „das Baugewerbe ist der Waagebalken der Industrie“, so befehlt uns schon ein einziger Blick in die deutsche Wirklichkeit, daß man in der Wirtschaft und auch in weiten Kreisen der Reichsregierung noch weit davon entfernt ist, entsprechend der Hoover'schen Erkenntnis zu handeln. Die deutschen Wirtschaftsführer und solche, die es sein wollen, schmücken lediglich ihre Vorträge mit amerikanischen Wirtschaftserkenntnissen. — Das sieht doch belesen aus!

Die sechste Tagung für wirtschaftliches Bauen hat in sachlicher Hinsicht manches Wissen verbreitet und den bisherigen Erkenntnissen neue hinzugefügt. Dies brachte für die ausländischen Teilnehmer der Vertreter der österreichischen Architekten in begeisterten Worten zum Ausdruck. Auch wir stehen nicht an, zu erklären, daß das Ergebnis der nunmehr zehnjährigen Arbeit des wirtschaftlichen Ausschusses durchaus annehmbar und sehr begrüßenswert ist. Über bedauerlich in jeder Hinsicht sind die eingangs erwähnten antisozialen Entgleisungen, die dem Ansehen des Ausschusses nur Schaden und ihn sehr bald in den Geruch verfechten können, daß auch er sich an dem allgemeinen volksfeindlichen Treiben der Großunternehmer gegen die Interessen des größten Teils unseres Volkes, der Werkstätten, wenn auch nur stillschweigend, beteilige. Es ist dringend nötig, daß das Präsidium des Ausschusses sich energig gegen antisoziale Auffassungen verwahrt.

Von dem Direktor einer Hypothekbank ist uns noch folgende Mitteilung über die Tagung zugegangen:

Unter Förderung des Reichsarbeitsministeriums, des preussischen Ministeriums für Volkswirtschaft und der Stadt Köln hielt am 13. und 14. Oktober der Deutsche Ausschuss für wirtschaftliches Bauen in Köln im Zusammenhange mit dem Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften, der Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffsparsinn und der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs eine Tagung ab, die sich u. a. mit dem Stahlskelett-, Beton- und Holzskelettbau im Wohnungsbau beschäftigten sollte. Ich fuhr hin, um einmal festzustellen, ob die häufig bei Realkreditinstituten geäußerten Bedenken gegen die Befreiung von Skelettbauten berechtigt seien oder leicht widerlegt werden könnten. Zu meiner großen Enttäuschung habe ich nur die Rede und leider nicht die Gegenrede gehört, da eine Debatte ausgeschlossen war, so daß ich zu einer abschließenden Meinung nicht kommen konnte. Dagegen habe ich aus einer Gäßebegrüßungsansprache zu meiner Ueberraschung neu erfahren, daß wir in Deutschland wirtschaftlich bauen müssen. Herr Baurat Dr.-Ing. Kieper, Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, erklärte in einer Gäßebegrüßungsansprache, man baue wirtschaftlich durch Verkürzung des Lohnanteiles. Das pflege meistens durch Einführung arbeitssparender Maschinen zu geschehen. Zurzeit sei dies jedoch nicht so wichtig. Viel wichtiger und allein ausschlaggebend sei die Verkürzung des Lohnanteiles durch Herabsetzung der Löhne. Davon hänge das Heil der deutschen Wirtschaft ab. Da Diskussionen ausgeschlossen waren, gab es keine Möglichkeit, auf die Auswirkungen einer solchen Wirtschaftspolitik hinzuweisen. Ueberdies konnte man annehmen, daß der Deutsche Ausschuss für wirtschaftliches Bauen für die Meinungen seiner Gäste in den Begrüßungsansprachen nicht verantwortlich sei. Man wurde jedoch eines anderen belehrt. Der Vorsitzende erklärte nach Beendigung der Begrüßungsansprachen, daß die Begrüßungsansprachen im Gegensaß zu solchen auf anderen Tagungen hohe fachliche Bedeutung hätten. Er machte sie sich dadurch für den Ausschuss zu eigen. In seiner eigenen Begrüßungsansprache betonte er insbesondere das Erscheinen der Vertreter der Arbeitgeber der Bauindustrie und verschwendete kein Wort an die Vertreter der Arbeitnehmer des Baugewerbes. Es würde sich empfehlen, daß die Bauarbeiter sich ein klein wenig um diesen Ausschuss kümmern, der eine so ausgesprochene Stellung gegen sie einnimmt."

Vom Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverband.

In der Bundesstadt Bern hielt der Schweizerische Bau- und Holzarbeiterverband vom 18. bis 21. September seinen Verbandstag ab. Anwesend waren 190 Delegierte, 24 Mitglieder des Zentralvorstandes, darunter 4 besoldete Sekretäre und 12 Gäste. Unter letzteren befanden sich als Vertreter des Deutschen Bauwerksbundes die Kollegen Hopfen und Bückel. Der Tagung sah man mit großer Spannung entgegen. Moskauer Inspiratoren versuchten in den letzten Jahren in der Organisation Unfrieden zu stiften. Auf der Tagung vor 2 Jahren in Interlaken ging es drunter und drüber. Man glaubte den Verband für moskowitzische Ziele schon reif gemacht zu haben. In Verfolg dieser Zerkümmung ging der Zentralvorstand rückwärts gegen die Spalter vor und räumte in Zürich und Basel gewaltig auf. Daß die Haltung des Vorstandes richtig war, beweisen die Zahlen über die Mitgliederbewegung der Berichtsperiode. Im Jahre 1928 stieg die Mitgliederzahl von 21 212 auf 25 904 oder um 22%, im Jahre 1929 auf 32 816 oder um 27%. Total aufgenommen in den beiden Berichtsjahren wurden 22 913 Mitglieder, wovon 11 604 dem Verbande frei blieben. Man darf den Verband als Industrieverband bezeichnen, da 23 Berufe in ihm vereinigt sind. Er umfaßt alle Berufe des Bau- und Holzgewerbes. Ein ausgesprochenes Eigenleben führen in den Städten fast nur noch die Gipser, die mit als eine Kerntruppe der Organisation anzusprechen sind. Fast alle übrigen Gruppen haben sich zu Sektionen zusammengeschlossen. Die Tagung war eine Arbeitstagung im wahren Sinne des Wortes. Auf Außerlichkeiten gibt man wenig

flüssig wie deutsche Tagungen kann sich eine schweizerische Tagung allerdings nicht abwickeln, da die Sprachschwierigkeiten dem entgegenstehen. Wenn auch die deutsche Sprache vorherrschend ist, so mußte doch der französische und der italienische Delegation Rechnung getragen werden, indem jeweils in ihrer Sprache alle Ausführungen überlegt werden mußten. An Temperament mangelt es den Franzosen ebensowenig wie den Italienern, und es ist interessant zu beobachten, wie sie unter Gestikulationen und Verrenkungen, die oft aus Akrobatische grenzen, versuchen, ihren Worten mehr Nachdruck zu verleihen. Der Geschäftsbericht, der in einem stattlichen Bande gedruckt vorlag und von dem Präsidenten Salmer sowie dem Sekretär Reichmann erläutert wurde, löste eine 1 1/2 tägige Debatte aus. Mit Ausnahme der 12 Franzosen sprachen alle Delegierten dem Zentralvorstand das Vertrauen aus. Das Mißtrauen der Franzosen scheint daher zu rühren, daß im Zentralvorstand kein temperamentvoller Redner ist, der ihnen in der Muttersprache die Aufgaben der Organisation so klarlegen kann, wie es notwendig erscheint. — Einen breiten Raum nahm die Debatte über die Arbeitslosenversicherung in Anspruch. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung ist verknüpft mit der staatlichen. Der Staat steuert zur Arbeitslosenunterstützung einen gewissen Prozentsatz bei. Auch die einzelnen Kantone zahlen Zuschüsse. Der Durchschnittszuschuß beträgt in der ganzen Schweiz 50%. Die Organisation muß einen bestimmten Anteil des Verbandsbeitrages zur Arbeitslosenunterstützung leisten. Mit dem Eintritt in den Verband ist das Mitglied gegen Arbeitslosigkeit sofort obligatorisch versichert, sofern es nicht vorher einer kommunalen Kasse angehört. — Festige Meinungsverschiedenheiten entseffelten die Anträge, die die Zahlung eines Verbandsbeitrages während der Arbeitslosigkeit verlangten. Mit großer Mehrheit beschloß der Verbandstag, daß während des Bezuges von Kranken- oder Arbeitslosenunterstützung die Mitglieder den vollen Verbandsbeitrag zu zahlen haben. — Friz Tarow, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes, sprach über Probleme der Weltwirtschaft. Dem Vortrage wurde großes Interesse entgegengebracht. Unter welchen Schwierigkeiten der Verband zu arbeiten hat, sei an einem Beispiel bewiesen. Man redet so viel von der freien Schweiz, man glaubt, dort sei das Eldorado der Arbeiter. Der Unternehmerverband oder Volkswirtschaftsband, wie er sich dort nennt, unterscheidet sich in nichts von den deutschen Unternehmern. Mit Vorliebe werden in einigen Städten fast nur italienische Arbeiter beschäftigt. Unter strenger Kontrolle werden sie im Frühjahr angeworben und in Trupps von 2000 bis 3000 Mann in die einzelnen Großstädte der Schweiz transportiert. Diese Arbeiter sind willenlose Sklaven des faschistischen Regimes. Es ist unmöglich, sie der Organisation zuzuführen, da mit dem Augenblick, wo im Heimatland Italien bekannt würde, daß sich einer der Organisation angeschlossen hat, er der schwersten Strafe gewärtig wäre. Diese italienischen Arbeiter sind so eingeschüchtert, daß es dem Unternehmer möglich ist, sie als Kulis zu behandeln. Man kann diese Verschlechterung von Arbeitern als modernen Sklavenhandel bezeichnen, da feste Verträge mit italienischen Agenten abgeschlossen werden, die für diese faschistische Gesellschaft recht eintätig sind. Große Wirtschaftskämpfe hat der Verband in den letzten zwei Jahren durchführen müssen, da auch in der Schweiz die Unternehmer der Devisen Lohnabbau buldigen. Mehr und mehr ringt sich in der Schweiz die Erkenntnis durch, tarifvertraglich die Ferien zu regeln. Der Widerstand der Unternehmer ist groß, doch bei der Grundfalschheit dieser Frage werden die Arbeiter nicht locker lassen, bis die Verwirklichung dieser Frage in jedem Vertrage gesichert ist. Auffällig ist die geringe Zahl der Schwingen. Eine Zählung im Jahre 1929 ergab in der ganzen Schweiz in den für den Verband in Frage kommenden Berufen 923 Lehrlinge. Organisiert ist davon nur ein geringer Bruchteil. Die meisten Facharbeiter in der Schweiz entwickeln sich aus dem früheren Handlanger oder Hilfsarbeiter. In der Zusammenfassung des Vorstandes ergaben sich keine Änderungen. Fast einstimmig wurde der Vorstand wiedergewählt und insbesondere dem Präsidenten Salmer für seine umsichtige Leitung des Verbandstages der Dank ausgesprochen. Im Auftrage der ausländischen Gäste

stattete Kollege Hopfen dem Verbande herzlichen Dank für die Gastfreundschaft ab und wies darauf hin, den auf dem Verbandstage bezüglichen kameradschaftlichen Geist auch draußen wach zu halten und unermüdet im Interesse der Organisation zu wirken!

Winterarbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Gyrup, begann in der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“ mit der Veröffentlichung seiner Sanierungsvorschläge. Aus seiner Darstellung sollen zunächst zwei wichtige Momente festgehalten werden: einmal die Schätzung der Höhe der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten, zum anderen der gegenwärtige Stand der Bezüge der von der Reichsanstalt unterstützten Erwerbslosen. Die Schätzung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger lautet (in Tausenden) für die Monate

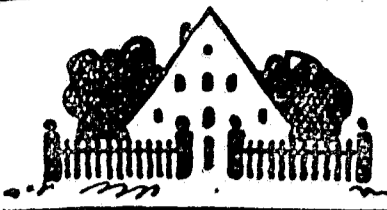
Table with columns for months (October, November, December, January, February, March) and rows for Arbeitslosenversicherung and Krisenunterstützung. Values range from 1600 to 2500.

Es ist zu befürchten, daß in dieser Aufstellung die Zunahme der Arbeitslosen unterschätzt wurde. Die Winterzahlen wurden derart geschätzt, daß der saisonmäßige Zugang an Arbeitslosen in den Wintermonaten berücksichtigt wurde, jedoch nicht in Höhe des Vorjahres, da in den Saisonberufen die Zahl der in diesem Sommer Beschäftigten wesentlich geringer ist als in früheren Sommern. Der konjunkturellen Verschlechterung, die als Folge des Wahlergebnisses durch Kapitalflucht, Kündigung von Auslandsanleihen und Unterbleiben der Kapitaleinfuhr entstehen kann, wurde in der Aufstellung nicht Rechnung getragen. In der Krisenfürsorge rechnet Dr. Gyrup mit einem monatlichen Zugang von je 45 000. Die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen glaubte er in derselben Höhe ansetzen zu können wie die der Krisenunterstützten, deren Zahl im August d. J. 421 000 betrug. Demgegenüber wurde auf dem Städtetag in Dresden angeführt, daß zur Zeit mindestens 650 000 Erwerbslose von der Wohlfahrtsfürsorge versorgt werden und die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen im August allein in den Städten mit 25 000 Einwohnern 445 000 betrug. Aufschlußreich sind die Mitteilungen vom Präsidenten der Reichsanstalt in bezug auf die Höhe der Unterstützungen. Wir erfahren zum erstenmal, daß der Abbau der Arbeitslosenversicherung, der in letzter Zeit vorgenommen wurde, eine Einschränkung der Leistungen um nicht weniger als 14% brachte! Wieviel Unterstützung der einzelne Hauptunterstützungsempfänger im Durchschnitt empfängt, können wir aus den Angaben des Präsidenten nicht feststellen. Er gibt jedoch einen aufschlußreichen Hinweis darauf. Der Gesamtaufwand der Reichsanstalt für die Erfüllung aller ihrer Obliegenheiten betrug im Jahre 1929 — umgelegt auf den Kopf des Hauptunterstützungsempfängers — 91,16 M im Monat. Er sank infolge des Abbaues der Leistungen auf 80 M im Monat. Die Ausgaben der Reichsanstalt sind aber mannigfaltig. Außer der Hauptunterstützung umfassen sie die Familienzuschläge, die Beiträge für die Kranken-, Invaliden-, Angefalltenversicherung der Arbeitslosen, die Leistung für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge, Kurzarbeiterunterstützung, die Ausgaben für die gesamte Arbeitsvermittlung und Berufsberatung. Dazu kommen die Verwaltungskosten der Versicherung, die nach dem letzten Bericht der Reichsanstalt etwa 7% der Gesamtausgaben betragen. Wenn nun all diese Ausgaben auf den Hauptunterstützungsempfänger umgelegt monatlich durchschnittlich 80 M betragen, so erhält dieser offenbar nur einen Teil von 80 M im Monat. Es kann nicht festgestellt werden, wieviel für all diese Posten in Abzug gebracht werden soll. Für jeden Fall geht aus der Berechnung deutlich hervor, daß die durchschnittliche Hauptunterstützung (80 M im Monat abzüglich der Ausgaben für sämtliche oben erwähnten Ausgaben der Reichsanstalt) nach ihrem Abbau bereits einen Tiefstand erreicht, der eine weitere Senkung unter keinen Umständen zuläßt, sollen die Arbeitslosen nicht dem größten Elend ausgeliefert werden.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauwerksbund. Feststellungsergebnis vom 29. September 1930.

Large table with columns for districts (e.g., Königsberg, Danzig, Steffin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Rostock, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe) and rows for various worker categories (Maurer, Schreiner, etc.) and total statistics.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Im Vergleich zum vorausgegangenen Berichtsmonat haben wir im Reichsdurchschnitt eine Zunahme von 38,95% auf 39,86%, also um 0,91%. Am 30. September 1929 betrug der Reichsdurchschnitt 12,46%. Gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre haben wir eine um 27,40% höhere Arbeitslosigkeit. In den einzelnen Bezirksverbänden stieg die Arbeitslosigkeit folgendermaßen: In Königsberg von 40,1 auf 41,6%, Danzig von 28,2 auf 32,2%, Steffin von 33,1 auf 35,2%, Magdeburg von 35,2 auf 36,7%, Erfurt von 49,6 auf 52,5%,



# Unterhaltung und Wissen



## Unständig beschäftigt.

Von Fr. Glienke, Hamburg.

Die Uhr der Hamburger Michaelskirche schlägt fünf. Hamburg erwacht. Im Gängeviertel wird es lebendig. Hier wohnen die Werkproleten, die im Hamburger Hafen zu Hause sind. Das Hamburger Neustadt-Gängeviertel sollte vor Ausbruch des Weltkrieges abgebrochen werden, aber bei diesem „sollte“ ist es geblieben. Wie Vogelnester kleben die elenden Mietkasernen aneinander. Kreuz und quer verknörcht bilden die Gassen und Höfe ein einziges Labyrinth, so daß es schwer fällt, durch dieses Gewühl der Straßen einen Ueberblick zu gewinnen. Wie altersschwache Greise stützen sich die Häuser aneinander, es sieht aus, als wenn der ganze Baukomplex sich nur noch durch Zufall hochhält und jeden Augenblick zusammenfallen kann. Es liegt ein Stück Mittelalter in diesen winkligen Straßen. Wer dieses Viertel im Vorübergehen ansieht, der denkt an die „Romantik“ längst entschwundener Zeiten. Jedoch die hier hausenden Menschen fühlen, daß die Not ein erdrückend schwerer Weggenosse ist. Hier ist die Kloake der Weltstadt, in die das Elend immer wieder Menschen hineinreißt, um sie täglich neuem Elend auszuliefern.

Aus allen Ecken und Ecken, aus jedem Hof und Gang tauchen Menschen auf, um die Werk oder den „Stall“ zu erreichen. Es sind knorrige, wetterfeste Gestalten, denen das harte Leben der Entbehrung ins Gesicht geschrieben steht. Es sind Werkproleten. In der Jugend kommen sie in das ungeheure Gewirr der Docks, um hier Nieten zu hängen, und seitdem zählt ihr Leben nur nach so und soviel tausend Nieten, die sie im Akkord verhämmern. Ueber der Schulter trägt jeder den Zampel, der das Brot und die Kaffeeflasche birgt. In kleinen Trupps marschieren sie dem Hafen zu.

In den einzelnen Treppenhäusern, in den dunklen Lorbogen flammt es geisterhaft auf. Kleine Lichtfunken erglimmen, um dann rasch wieder zu erlöschen. Es sind brennende Zigaretten, das erste Morgenfrühstück der Deklassierten, die um diese Zeit schon wieder oder noch immer auf sind, um dem Leben das tägliche Brot abzutrotzen. Planmäßig hat sich in den letzten Jahren die Ansiedlung der Prostitution in den Gängevierteln vollzogen. Jede neue Welle der Arbeitslosigkeit, die sich über die Bevölkerung ergießt, stampft gleichzeitig eine Armee Hirnen aus der Erde, die ihren verwelkten Leib um einige Groschen feilhalten, um nicht zu verrecken.

Je näher die Arbeiter dem Hafen kommen, desto dichter werden die Menschenmassen, die sich ihm zu Knäueln geballt entgegenwühlen. In allen Fahrstellen herrscht Hochbetrieb. Vollgepropte Dampfer schlucken die sich anstauenden Massen und bringen den riesigen Menschenstrom auf die andere Elbseite, wo die Werften liegen, die gleich gefräßigen Ungeheuern Dampfer auf Dampfer in ihre unerfülllichen Mägen aufnehmen. Das Heulen der Sirenen und Fauchen der Schleppzüge vermischt sich mit den in allen Tonarten kreischenden Fabriksignalen. Die Großstadt erwacht. Der erste Fuhrverkehr setzt ein. Wie ein unruhig zuckender Nerv liegt der Hafen da. Barkassen und Schleppdampfer huschen über den Strom. Das dumpfe Lufden der hereinkommenden Schiffe überläßt das Wimmern der Kräne. Wie schwarze Schlagschatten gleiten die riesigen Kolosse vorüber. Es sieht aus, als wenn ein ungeheurer Riese erwacht ist und seine einzelnen Glieder in Bewegung setzt. Das ist die Melodie der Arbeit, die so unendlich schön für den — Zuschauer ist, der dieses Gassen und Loben nicht mitsprechen braucht und dies alles aus der Perspektive des Beobachters genießen kann. Aber wo sollen die armen Kreaturen, die hier in Eile der Werk zustreben, ein Gefühl für die Poesie des Morgens hernehmen! Ein satter Magen und einige Tage Arbeit ist ihnen lieber als die ganze Schönheit des Morgens. Im Freihafen liegen die verschiedenen Vermittlungsfäle



Wie auf Kommando fliegen alle Hände hoch.

der Schauerleute, die wegen ihres „komfortablen“ Aussehens den Namen „Stall“ bekommen haben.

Vor dem Saal stehen in dichten Reihen die Leute, um beim Öffnen so schnell wie möglich nach vorn zu gelangen. Es ist sechs Uhr. Die Vermittlung beginnt. Die Tür geht auf und der erste Schauerwize der Firma Kersten

& Miles tritt auf das erhöhte Podium hinter einer Planke, vor der die Erwerbslosen verammelt sind. Mit forschendem Blick überfliegt er die Reihen der Anwesenden. Wie auf Kommando fliegen in diesem Augenblick sämtliche Hände der Schauerleute hoch, mit der Karte des Hafenbetriebsvereins, denn ohne diese Arbeitskarte darf im Hafen niemand angenommen werden. Jeder will gerne einige Tage arbeiten. Aber es werden nur ein paar Mann angefordert. Der Wize sucht mit einer Lußdauer unter den Leuten, als wolle er sie auf Lebenszeit einstellen und nicht nur für einige elende Tage. Dieses Ungewisse: bekomme ich heute Arbeit oder bekomme ich keine, macht die meisten Leute nervös. Oft scheint es, als ob der Wize nach einer Karte greifen will. Die Hand streckt sich ihm noch ein wenig mehr entgegen. Sekundenschnell geht ein Aufatmen durch die Brust des Mannes. Doch im selben Augenblick greift der Wize nach der Karte des Nebenstehenden. Hoffnungslos sinkt die Hand des Nebenmannes zurück. Wieder keine Arbeit...

## Die bedauernswerten Unternehmer.

Prolet, es geht den Unternehmern schlecht! Hörst du denn nicht ihr bitteres Klagen? Ja, Mensch, begreiffst du nicht? Sie haben recht! Was müssen die für schwere Lasten tragen!! Bedenke doch, die Unternehmerschaft gibt sich die allergrößte Mühe: Sie gibt dir Lohn, davon bekommst du Kraft. Doch du stehst da und machst 'ne lange Brähe, Erzählst von Unterstützung und von Stempelz, Indessen sie in saurem Schweiß sich winden; Du kriegst dein Geld und bist dazu noch frei, Derweile sie sich bei der Arbeit schinden! Du lebst fürwahr tatsächlich wunderbar Mit deinen fünfzehn Mark für jede Woche! Doch diese Armen müssen Jahr für Jahr In dem Bureau sich schinden, einem engen Loch! Siehst du denn nicht, wie elend sie dort sitzen, Regt sich denn gar kein Mitleid nicht in dir? Aec, nee, mein Junge, dir kann nichts mehr schätzen, Du bist total verdorben, merk es dir! Wenn du ein edler Mensch wärest, lieb und wert, Der fromm die weise Weltenteilung achtet, So hättest du schon längst dich reuevoll bekehrt Und deine Kraft u m s o n n e an sie verpacket! Doch wie gefagt: dir ist ja alles gleich, Du machst dir weiter keine Buhgedanken; Du lebst mit deinen 15 Markern wie im Himmelreich, Indessen sie schwer schwindend hungern kranken! Prolet, hör meine Mahnung! Gib zehn Mark Von deiner Unterstützung ab den Direktoren; Der Rest genügt, er hält dich jung und stark, Und wenn der Hunger schreit: stopf zu die Ohren!

Otto Duxte.

Die Vermittlung ist beendet. In langer Schlangenlinie nimmt alles Aufstellung, um sich den Tagesstempel am Schalter geben zu lassen. Der Saal leert sich etwas. Die Vermittlung der zweiten Schicht beginnt erst um vier Uhr. Viele verschwinden nach anderen Vermittlungsfällen des Hafenbetriebsvereins, um vielleicht dort noch eine Arbeit zu erwischen, obwohl sie im voraus wissen, daß anderswo so wenig Arbeit ist wie hier. Einige gehen nach Hause. Einige bleiben bis zur zweiten Vermittlung da in der Hoffnung, wenn es heute morgen nicht geglückt ist, wird es vielleicht heute abend glücken. Das sind die ewig Unentwegnen, die, wenn sie auch schon wochenlang gewartet haben, immer wieder glauben, es könnte doch sein, daß man einmal aus der Reihe Leute einstellt, die gerade irgendwo nötig gebraucht werden. Der Rest der sonst noch hier herumstehenden Leute sind solche, die zu weit weg wohnen, um noch einmal nach Hause zu gehen. Jetzt, wo der starre Bann gebrochen ist, zerfallen die Massen schnell in einzelne Gruppen. Im Vordergrund stehen dabei die Diskutierklubs, die ein derartig reichhaltiges politisches Wissen verzapfen, daß der erfahrenste Reichstagsabgeordnete davor verblaffen könnte. Die schwierigsten Fragen werden hier im Nu und gründlich erledigt. Hart prallen die Gemüter aufeinander. In einer anderen Gruppe tauschen sie Erlebnisse aus. Es dreht sich dabei zumeist um frühere bessere Zeiten. Sonderbar, der Mensch, vor allem der Arbeiter, erzählt am wenigsten von traurigen Zeiten, er frisst immer wieder liebevoll die Vergangenheit auf, in der er es ihm besser als jetzt ergangen. An den Wänden stehen Bänke. Sie sind stets besetzt. Auf dem ersten Blick glaubt man, es seien Schlafende. Doch sie schlafen nicht. Sowie sich ein Geräusch bemerkbar macht, etwa das Öffnen der Vermittlungstür, dann springen sie auf und starren erwartungsvoll nach oben. Doch ebenso rasch sinken sie wieder in ihre Lethargie, wenn es nur ein Schreiber war, der von dort zur Toilette ging.

So spielt sich das Leben der unständig Beschäftigten Tag für Tag ab. Ein steter Kampf um das tägliche Brot. Keiner weiß am Morgen, ob er am Abend einen Verdienst nach Hause bringt. Sie leben immer in Erwartung. Währenddessen flutet draußen der Hamburger Hafen und erfüllt das Herz des Besuchers mit Staunen und Bewunderung. Er läßt manchen nüchternen Menschen in begeisterte Worte ausbrechen ob soviel Schönheit. Besucher, wenn du einmal nach dem Hamburger Hafen kommst, dann schau dir nicht nur die gewaltigen Dockanlagen, die enormen Kräne, die stolzen Schiffe an, sondern gehe auch ein wenig abseits. Schau einmal in die Vermittlungsfällen der Hamburger Hafenarbeiter, damit du begreifst, daß wohl jede Arbeit Stolz schafft, daß aber jene, die dieses schaffen, ein kümmerliches Dasein führen. Wir haben noch nicht gelernt, daß Arbeit Gemeingut aller sein muß.

## Proletariats Lebensabend.

Es ist Mitternacht. Still liegt der enge Hohlweg inmitten dichter Waldbäume. Hell leuchtet die Sichel des zunehmenden Mondes in ihre dunklen Schatten.

Verschommen taucht zwischen den hohen Stämmen der Bäume eine schemenartige Gestalt auf. Das Mondlicht zeigt uns in grauen Umrissen das zermürbte Gesicht eines gebückt daherschreitenden Mannes. Schlürfend und schwerfällig sind seine Schritte. Keuchend und schwer arbeitet seine Lunge. Es ist der alte Franz, der im Nachbarort zur Straßenausbesserung die Steine klopft. Er hat sich heute etwas verspätet; er liebt ein wenig Gesellschaft und Unterhaltung. Allerdings sieht man ihn lieber gehen als kommen; mit seiner Armut hat keiner Erbarmen.

Und nun wandert er auf dem schlechten Wurzelwege seiner ärmlichen Behausung zu. Gespensterhaft lautlos schwingt sich eine dicht befiederte Eule über seinen Weg. Da und dort hört man die seltsamen Laute anderer Nachtvögel. Den Franz stört dies nicht. Er ist es schon längst gewohnt.

Spärlischer werden die Bäume. Wiesen und Acker tauchen auf. Einige verspätete Lichtfunken leuchten gleich Irrlichtern aus dem stillen Dorfgrund. Müde und ermattet bleibt der alte Franz stehen vor einem kleinen ärmlichen, strohbedeckten Häuschen. Seine zitternden Hände umkrampfen den großen handgeschmiedeten Türschlüssel. Mit einiger Mühe öffnet er. Schleppend bewegt sich der alte Franz durch den Hausflur zur Stubentür. Er betritt ein fast leeres Zimmer. Mit ungeheuren Griffen tastet er nach Streichhölzern und zündet dann eine alte Petroleumlampe an.

Halbdunkel liegt über dem kahlen Zimmer. Aus jeder Ecke greint dem Franz Hunger, Jammer und düsteres Leid entgegen. Todmüde sackt er auf den einzigen wurmzerfressenen Stuhl, dann verschlingt er mit Heißhunger ein Stück Brot. Mühselig wankt er zum Waschbecken, um sich etwas zu säubern. Dann sinkt er auf sein dürftiges Strohlager und bald hat ihn ein tiefer Schlaf übermannt.

Das Dellämpchen flackert. Unter hartnäckigem Widerwillen erlischt das kleine Leben. Die Nacht weht mit ihren pechschwarzen Schatten.

Der neue Tag bricht an. Mechanisch schlägt Franz die Augen auf und läßt die Blicke durchs schläfrige Zimmer schweifen. Wieder stellt sich bei ihm die alte Sorgenlast ein. Mit traurigem Blick wankt er zum Tisch, um mit einer mageren Brotschnitte seinen Hunger zu stillen. Die alte Uhr mahnt ihn knarrenden Tones zum Aufbrechen. Mühsam erhebt der Franz seinen hilflosen Körper, schlürfend verläßt er die Stube, polternd fällt die alte Tür ins Schloß. Franz tritt wieder seinen angewohnten Weg zur Arbeitsstätte an.

Draußen verkündet der Hahn mit lautem Kikiriki den neuen Tag, Kinder blöken in einfüngiger Weise, Pantoffel klappern über die breiten Bauernhöfe. Der Alte schreiet dem Hohlweg zu. Bald hat ihn der grüne Wald wieder verschlungen.

So arbeitet der Franz im hohen Alter Tag für Tag, so kämpft er in Wind und Wetter um seinen kargen Lebensunterhalt. Seine treue Lebensgefährtin ist längst tot. Sie starb im blühenden Alter. Den einzigen Sohn entriß ihm der Krieg. Verwandte hat er noch, jedoch der Weg zu ihnen ist weit. Auch wollen sie nicht viel von ihm wissen. Was geht sie der Alte an. Er ist ja arm. Auch im Heimatdorf achtet keiner des Alten. So mußte er sich schlecht und recht allein zu helfen suchen.

Jahre vergehen. Immer gebrechlicher wird der alte Franz. Die schwere Arbeit kann er nicht mehr verrichten. Er hat sich ganz den Blicken der Leute entzogen. Einsam und ohne Ordnung haust er in seiner Hütte.

Es war ein herrlicher Sommernachmittag. Weit und breit sind die Bewohner des Dorfes bei der Ernte. Just



Aus jeder Ecke greint dem Franz Hunger, Jammer und düsteres Leid entgegen.

zu dieser Zeit fallen unserem Alten die Augen für immer zu. Helle Sonnenstrahlen beleuchten auf dem ärmlichen Strohlager ein friedliches Antlitz. Der alte Franz hat Abschied genommen vom Leben. Alle Sorgen ist er jetzt los. Was war ihm dieses Leben? Unglück, Leid und Kummer.

Martin Kolte, Werbitzdorf.

### Erweiterung der Krisenfürsorge.

Durch Verordnung vom 11. Oktober d. J. hat der Reichsarbeitsminister wegen der allgemeinen Verschlechterung des Arbeitsmarktes nunmehr endlich angeordnet, daß vom 3. November an die Krisenfürsorge wieder den Angehörigen aller gewerblichen Berufsgruppen gewährt wird, und zwar in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern ohne besondere Zulassung, in den übrigen Gemeinden nach Anordnung der Vorstehenden der Landesarbeitsämter. Ausgeschlossen sind nur die Berufsgruppen: Landwirtschaft (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Angestellten) und häusliche Dienste. Nach den Darlegungen des Reichsarbeitsministeriums kann mit Rücksicht darauf, daß dem Reich für die Krisenfürsorge nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, die Erweiterung der Krisenfürsorge nur durchgeführt werden, wenn gleichzeitig gewisse Einschränkungen des Personenkreises innerhalb der zugelassenen Berufsgruppen sowie eine Verkürzung der Dauer und eine Neuregelung der Leistungen vorgenommen wird. Danach können Arbeitslose unter 21 Jahren wie bisher keine Krisenunterstützung erhalten. Sie wird künftig auch nur Personen gewährt, die aus der Arbeitslosenversicherung ausgeteuert sind, und zwar muß bei Neuzulassungen der Arbeitslose nach dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften ausgeteuert sein. Die Höchstdauer der Unterstützung beträgt 32 Wochen oder — bei über 40 Jahre alten Personen — 45 Wochen. Nur wirkliche Bedürftige sollen Unterstützungen, wie sie der Not der Zeit entsprechen, erhalten. Es soll Vorsorge getroffen werden, daß sich der Übergang zu der neuen Regelung nach Möglichkeit ohne Härten vollzieht. Artikel 1 der Verordnung bestimmt, daß die Höhe der Krisenunterstützung nach den Vorschriften über die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung einschließlich der Anrechnungsvorschriften berechnet wird, soweit sich nicht aus der Vorschrift Abweichendes ergibt.

Für Arbeitslose, die nach § 105 Abs. 1 WVG, den Lohnklassen V—XI angehören, gelten folgende Sätze: 1. Arbeitslose mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen erhalten statt der Sätze der Lohnklasse VI die der Lohnklasse V, statt der Lohnklassen VII und VIII die der Klasse IV, statt der Sätze der Lohnklassen IX bis XI die der Klasse VII. Dies gilt auch für die Berechnung der Familienzuschläge. 2. Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen erhalten statt der Sätze der Lohnklasse V die der Lohnklasse IV und statt der unter Nr. 1 genannten Unterstützungssätze jeweils die der nächstniedrigeren Lohnklasse. Die Artikel 3 bis 7 bestimmen die Vorschriften für die Ermittlung der Bedürftigkeit. Auf den nach Artikel 1 ermittelten Betrag ist das Einkommen des Arbeitslosen und seiner Angehörigen anzurechnen, soweit dies in den Artikeln 4 und 5 bestimmt ist. Angehörige des Arbeitslosen im Sinne der Artikel 4 bis 7 sind der Ehegatte, die Eltern, Voreltern und Abkömmlinge, alle, soweit sie mit dem Arbeitslosen im gleichen Haushalt leben. Eigenes Einkommen des Arbeitslosen ist voll anzurechnen, soweit es in einer Kalenderwoche 20% desjenigen Betrages übersteigt, den der Arbeitslose in dieser Kalenderwoche einschließlich der Familienzuschläge nach Artikel 1 höchstens beziehen kann. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes kann für den Teil des Einkommens, der nach Satz 1 unberücksichtigt bleibt, bei Angehörigen bestimmter Berufe bindende Durchschmittsätze festsetzen. — Von dem Einkommen, das ein Angehöriger des Arbeitslosen hat, ist der Betrag anzurechnen, um den das Einkommen 20 M in der Kalenderwoche übersteigt. Der Betrag von 20 M erhöht sich für jede Person, die der Angehörige des Arbeitslosen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält, um 10 M. Der Arbeitslose ist nach Artikel 4 der Verordnung verpflichtet, jede Veränderung des eigenen Einkommens oder des seiner Angehörigen ohne besondere Anforderung anzuzeigen. Unterläßt er dies, so hat er etwa zuviel gezahlte Unterstützungsbeträge zurückzuerstatten. — Nach Artikel 5 sind anrechnungsfrei 1. Unterstützungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden. 2. Aufwandsentschädigungen, die für die Ausübung öffentlicher Ehrenämter gewährt werden, jedoch nur insoweit, als sie die tatsächlichen Mehraufwendungen nicht übersteigen. 3. Leistungen der Wochenhilfe (§ 195a der Reichsversicherungsordnung) und der Familienwochenhilfe (§ 205a der Reichsversicherungsordnung). 4. Uebergangsgrenze nach § 5 der Zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 (Reichsgesetzblatt I S. 27). 5. Pflegezulage, Führerzulage und Zusatzrente nach dem Reicherversorgungsgesetz und Pflegegeld aus der Unfallversicherung (§ 558c Abs. 2 Nr. 2 der Reichsversicherungsordnung). 6. Leistungen der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht, insbesondere Leistungen der Wochenfürsorge. — Soweit Einkommen oder Einkommensanteile bereits nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf die Unterstützung des Arbeitslosen selbst oder die Arbeitslosenunterstützung eines seiner Angehörigen angerechnet worden sind (Artikel 1 Absatz 1), bleiben sie bei der Berechnung der Krisenunterstützung anrechnungsfrei; im übrigen werden sie bei der Berechnung der Krisenunterstützung als Einkommen behandelt. — Nach Artikel 6 darf die Verwertung von Vermögen dann nicht verlangt werden, wenn sie eine unbillige Härte für den Arbeitslosen oder einen seiner Angehörigen bedeuten würde oder offenbar unwirtschaftlich wäre. Dabei ist insbesondere die Lebenshaltung des Arbeitslosen zu berücksichtigen. Kleineres Vermögen, insbesondere Spargroschen, angemessener Hausrat oder ein kleines Hausgrundstück, das der Arbeitslose ganz oder zum größten Teil mit seinen Angehörigen bewohnt, darf für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden. Erträge aus Vermögen sind nach Maßgabe des Artikels 4 als Einkommen anzurechnen. Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes kann für die Bewertung solcher Erträge bindende Richtlinien aufstellen. Auch soweit die Voraussetzungen der Artikel 3 bis 6 nicht zutreffen, kann dem Arbeitslosen die Unterstützung ganz oder teilweise versagt werden, wenn und soweit besondere Umstände die Annahme rechtfertigen, daß Bedürftigkeit nicht vorliegt. Ob solche Umstände vorhanden sind, ist insbesondere zu prüfen, wenn der Arbeitslose in dem Haushalt von Stief-, Schwieger- oder Pflegeeltern oder von Geschwistern aufgenommen ist, oder beim Bestehen familienrechtlicher Ansprüche, auch wenn die Angehörigen mit dem Arbeitslosen nicht im gleichen Haushalt leben.

Mit dieser Verordnung ist zwar die lange vergeblich erhobene Forderung nach Krisenunterstützung auch für die

Bauarbeiter endlich verwirklicht worden; aber die Bestimmungen der Verordnung sind so vorsichtig verknäuelert, daß man von der Bürokratie für gewisse Gruppen von Bauarbeitern und Angehörigen anderer Berufe nicht allzuviel Gutes erwarten kann. Sie wird die neuen Bestimmungen nicht im sozialen Sinne, sondern so auslegen, wie es die Arbeiterschaft bei gewissen Bürokraten nun einmal gewohnt ist. Eine klarere Fassung wäre für diesen Verwaltungsschritt durchaus vonnöten. — Außerordentlich bedauerlich ist es auch, daß das Reichsarbeitsministerium gleichzeitig mit dieser nun weitere Kreise als bisher umfassenden Verordnung die Leistungen der Krisenunterstützung verschlechtert, indem es jetzt eine allgemeine Senkung der Leistungen verordnet. Die jetzigen Unterstützungssätze in der Krisenfürsorge werden vielfach unter die der Wohlfahrtspflege sinken. Dies alles, trotzdem man die Bestimmungen über die Prüfung der Bedürftigkeit stark verschärft hat! Die Verordnung entspricht eben dem sozialpolitischen Geist, den wir von der Regierung Brüning-Steinbrunn gewohnt sind. Einen Schritt vorwärts und drei zurück. Mit der einen Hand gibt man ein wenig, mit der anderen Hand wird der Gesamtheit vom bisher Gewährten ein Teil entzogen.

## Streiks u. Lohnbewegungen

**Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:** Gesperrt ist die Firma Paul Kayser in Gosek, Baugewerkschaft Weissenfels, wegen untertariiflicher Bezahlung; ferner das Abbruchgeschäft von August Erich, Bauhilfs-Dynamitfabrik bei Gesehacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Arbeiterstellen der Firma Richard Schöbe aus Sittenroda in Bitterfeld und Berlin wegen Tarifbruch.

**Fliesenleger:** Gesperrt ist in München die Firma Robert Berger. In Hamburg stehen die Fliesenleger im Abwehrstreik.

**Töpfer:** Gesperrt sind in Burg b. Magdeburg Ihlemann, in Gleiwitz die Firma Gochiera wegen Zahlungsunfähigkeit, in Opladen die Firma Kandziora wegen Nichtanerkennung der Lohnkommission, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. die Firma Alex Kaczowski wegen Zahlung untertariiflicher Löhne, in Magdeburg die Firma Jollweber & Sohn wegen Nichtzahlung des Lohnes, in München die Firma Robert Berger wegen rückständiger Löhne, in Zeitz die Ofenschmiede Gustav Neumann, Gustav Hörnigke und Emil Böhme. In der Steinzeugfabrik von Bühler in Ermsitz wird gestreikt wegen Lohnabbauversuchs.

## Aus den Baugewerkschaften

**Rothenburg o. d. T.** Im Jahre 1905 wurde in unserer althistorischen Stadt ein Zweigverein des Maurerverbandes gegründet; somit kann heute unsere Baugewerkschaft auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Dies veranlaßte sie, am 12. Oktober eine Feier zu veranstalten, bei der zwei Mitglieder (Appler und Wittmann) für ihre 25jährige Zugehörigkeit zur Organisation geehrt werden sollten. Daß unsere Organisation am Orte von den Unternehmern gefördert wird, beweist die Tatsache, daß sich bei uns kein Unternehmer erlaubt, irgend etwas zu unternehmen, was gegen den Tarifvertrag verstoßen würde, obwohl nur wenige Unternehmer der Unternehmerorganisation angehören. Aber auch unter der Arbeiterschaft ist unsere Baugewerkschaft geachtet, was daraus hervorgeht, daß zu dieser Veranstaltung alle Arbeiterkorporationen Vertretungen entsandt hatten, die ihre Glückwünsche darbrachten; besonders die sozialdemokratische Stadtratsfraktion war vollständig vertreten. Zur Verschönerung des Festes trugen bei: Die Stadtkapelle von Rothenburg, der Arbeitergesangverein und das 10jährige Töchterchen unseres Kollegen Weigand, das ein wunderschönes Gedicht vortrug. Die Festrede hielt Kollege Merkel aus Nürnberg, der den steinigen und dornenvollen Weg aufzeigte, den unsere Kollegen in den 25 Jahren gegangen sind; dabei verwies er auf die Härte der Gegenwart und der Zukunft und ermahnte die Kollegen und ihre Familienangehörigen, für den weiteren Ausbau des Deutschen Baugewerksbundes und aller sonstigen Glieder der Arbeiterbewegung zu sorgen. Neben der Ehrung der beiden Jubilare hat es sich unsere Baugewerkschaft nicht nehmen lassen, auch dem Kollegen Merkel, der die Organisation am Orte gegründet und gepflegt hat, ein Geschenk in Form eines Bildes unseres alten Rathauses in Kupferdruck mit entsprechender Widmung zu überreichen, wofür Kollege Merkel herzlich dankte. Diese schöne Veranstaltung wird noch lange unter unseren Mitgliedern nachwirken und zur weiteren Festigung und Vereinigung aller baugewerblichen Arbeiter im Baugewerksbund beitragen!

## Aus den Fachgruppen

**Töpfer und Fliesenleger.**  
**Bonn.** Für das Fliesenlegergewerbe war am 27. Juni vom Schlichtungsausschuß Köln folgender Schiedsspruch gefällt worden: „Der Tarifvertrag vom 13. Juli 1927 mit Nachtragsvereinbarung vom 16. Oktober 1928 wird ab 1. Juli 1930 wieder in Kraft gesetzt mit folgenden Änderungen: § 9 Ferienordnung erhält folgenden Zusatz: Junggefallen erhalten im ersten Jahre in ihre Ferienkarte für die volle Woche im Sinne des § 9 Absatz 3 eine Marke von 70 M, für die halbe Woche von 35 M, im zweiten Jahre eine Marke von 1 M bzw. 50 M. 2. Die Lehrlingsvergütung wird folgendermaßen abgeändert: Die Entschädigung der Lehrlinge beträgt im ersten Lehrjahr 10%, im zweiten 20% im dritten 35% des Tariflohnes der Fliesenleger. 3. Die sonstigen Bestimmungen des Tarifvertrages bleiben unverändert. 4. Die Rahmenbestimmungen können mit Monatsfrist erstmalig zum 30. Juni 1932 gekündigt werden und laufen im Falle der Nichtkündigung um je ein Jahr weiter. Die Lohnbestimmungen sind mit Monatsfrist, erstmalig zum 30. Juni 1931 kündbar.“ — Die Kollegen nahmen den Schiedsspruch an, die Unternehmer aber nicht. Durch ein neues Verfahren vor dem Schlichter für den Bezirk Rheinland wurde dann die Tarifbewegung durch folgende Vereinbarung abgeschlossen: „1. Der Antrag

auf Verbindlichkeitsklärung wird zurückgenommen. 2. Der Schiedsspruch vom 17. Juni 1930 wird Tarifvertrag mit folgender Maßgabe: a) Der Rahmenvertrag gilt zunächst bis 1. April 1931. Kommt in den dann voraussichtlich entstehenden Verhandlungen über einen Tarifvertrag für die Rheinprovinz ein solcher zustande, so gilt rückwärts mit Wirkung vom 1. April 1931 der Rahmenvertrag — auch bezüglich der Dauer — gemäß Spruch vom 27. Juni 1930. b) Der Stundenlohn bleibt, wie ihn der Schiedsspruch vom 27. Juni vorsieht. Für neue, d. h. von heute ab hereinkommende Aufträge wird die Vergütung für Akkordarbeit betrieblich frei vereinbart. Hierbei gilt § 4 Absatz 2 des Rahmenvertragtarifvertrages. Diese Lohnregelung läuft am 31. März 1931 ab.“

**Danzig.** Zum Tarifvertrag für das Töpfergewerbe der Freistadt Danzig vom 21. November 1929 wurde ein Nachtrag vereinbart, wonach durch Wänderung des § 8 Zeile 4 des Tarifvertrages jugendliche Arbeiter von 17 bis 19 Jahren 0,90 Gulden Stundenlohn erhalten und zwar auf ein weiteres Jahr, nämlich bis zum 30. September 1931 verlängert wird.

**Wuppertal, Remscheid und Solingen.** (Fliesenleger.) Mit dem Arbeitgeberverband des Rheinischen Pfaffengewerbes e. V. für den Bergischen Bezirk ist folgendes Lohnabkommen getroffen: 1. Der zum 30. September 1930 gekündigte Vertrag wird um ein Jahr verlängert. 2. Die Parteien erklären sich bereit, an Verhandlungen zum Abschluß eines Bezirksstarifvertrages im Frühjahr 1931 teilzunehmen, soweit sie für ihr Tarifgebiet, daran mitzuwirken, zuständig sind. 3. Für den Fall des Zustandekommens eines solchen Bezirksstarifvertrages werden alle sonst bestehenden tariflichen Abmachungen außer Kraft gesetzt. 4. Die Bestimmungen des § 11 des Tarifvertrages über die Bezahlung einer 10prozentigen Zulage kommen in Wegfall, sowie für die tägliche Auslösung von 1 M.

**Bezirksverband Ostpreußen.** (Tarifbewegung im Ofenschmiedegewerbe.) Bekanntlich war der im Jahre 1928 abgeschlossene Bezirksstarifvertrag für das Ofenschmiedegewerbe der Provinz Ostpreußen am 31. Juli 1930 abgelaufen. Unsere Bemühungen, einen neuen und besseren Tarifvertrag zu schaffen, sind von Erfolg gewesen. Am 21. Juli hat uns ein vereinbartes Schiedsgericht einen bindenden Schiedsspruch gebracht, der zufriedenstellend ist. Es war gelungen, die Lehrlingsentschädigung in den Tarif hineinzubringen, die Lehrlingshaltungszahlen herabzusetzen, die Betriebsvertretung tariflich festzulegen und das Schiedsgerichtsverfahren auszubauen. Auch materielle Verbesserungen beim Stundenlohn und der Auslösung wurden erreicht. Wer nun glaubte, daß die Meister den Tarif loyal erfüllen würden, der wurde bald enttäuscht. Jemand hatte die Meister bereitet, ihren Verband aufzulösen, um sich der Tarifwirkung zu entziehen. Obgleich diese Auflösung bis heute weder beantragt noch durchgeführt ist, gingen die Meister ohnedies dazu über, unsere Kollegen zum Tarifverzicht zu pressen. Soweit sie das in ihrer bekannten ungefählichen dummdreisten Art und Weise taten, ließ uns das kalt. Mittlerweile mußten wir aber feststellen, daß man schriftliche Abmachungen von den Kollegen erpressen wollte und sich auch nicht scheute, Kollegen zu maßregeln. Da griffen wir ein und verklagten den Meisterverband auf Einhaltung der Friedenspflicht. Der Meisterverband wurde auch verurteilt. Was ihm aber nicht allein gelang, das will er nun mit Hilfe von Ofenschmiedern erreichen, die sich als Verräter angeboten haben. Man sollte es nicht für möglich halten, daß es Arbeiter gibt, die sich berechnen, die Errungenschaften ihrer Mitarbeiter, bloß weil sie den Unternehmern nicht in den Kram passen, zu hinterziehen und zu verraten. Es ist ja nichts Neues, daß es ausgerechnet ehemalige und jetzige Kommunisten sind, die zu den Stroh-Dunkelchen laufen und sich dort organisieren. Ihr Anführer ist der ehemalige Bolschewist und Auslandsfahrer Kynast, für den der Bund sich mehr als einmal einsetzen mußte, weil er von den Meistern boykottiert wurde. Dieser Kynast ist heute der Matador der Meister und macht zusammen mit dem Geschäftsführer Wittenberg von der Firma Bonn in Königsberg schändlichen Arbeiterverrat. Auch einen Tarif soll dieses Verbändchen mit der Innung abgeschlossen haben. Nun, wir werden mit diesen Leuten fertig werden. Wir erwarten, daß sich unsere bundesstreuen Kollegen mit Abscheu von diesen Leuten wenden und jeden Verkehr mit ihnen meiden werden. Man kann vielleicht verstehen, wenn Kollegen einer Organisation den Rücken kehren, die nichts erreicht. Daß sich aber in Fällen, wo Großes erreicht wurde, Arbeiter finden, um den Meistern durch Verrat der Interessen ihrer Kollegen beizuspringen, das ist die Höhe aller Schlichtigkeiten! Aber das sind die Früchte jener Verheerungs- und Verwirrungsarbeit, mit denen seit Kriegsende auf Befehl Moskaus unsere deutschen Bolschewiken die Arbeiterbewegung vergiften. Kann die deutsche Arbeiterklasse dieses Gift nicht durch Rückkehr zur alten bewährten Gewerkschaftsarbeit abtun, dann wird es schlimm um die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse bestellt sein. Ofenschmied Ostpreußen, setzt euch zur Wehr, wo ihr auf dieses Gift stoßt, verteidigt eure Errungenschaften und verteidigt eure Organisation! Laßt euch durch nichts beirren, achtet auf strengste Einhaltung des Tarifvertrages und meldet uns alle Verstöße gegen den Tarifvertrag, damit dagegen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln angekämpft werden kann!

## Vom Bau

**Recklinghausen.** (Unfall mit Todeserfolg.) In Recklinghausen-Süd wird an dem der Witwe Meyer gehörenden Hause, Bochumer Straße 188, ein Umbau ausgeführt. Die Arbeiten sind dem Bauunternehmer Fischer und dem Stuckunternehmer Vollmer übertragen worden. Der Bauunternehmer Fischer benutzt für seine Abbrucharbeiten und Mauerarbeiten das vom Stuckunternehmer Vollmer für seine Arbeiten errichtete Gerüst. Am 8. Oktober wurde von dem Bauunternehmer Fischer an dem Hause die Giebelspitze abgebrochen und dabei die Abbruchsteine auf das Stückerüst gelegt, wodurch dies aber überlastet wurde, und der an drei Bäumen befestigte Streicher an zwei Stellen brach. Dadurch stürzte der Maurer Christian Bock, der sich auf dem Gerüst befand von einer Höhe von 10 Meter in

die Tiefe auf das Straßenpflaster, brach das Genick und frug außerdem Arm- und Beinverletzungen davon. Er verstarb innerhalb 5 Minuten. An dem Tage nach dem Unfall stellten wir fest, daß der gebrochene Streicher durch Fällnis zerlegt und schon dadurch seine Tragfähigkeit vermindert war. Ob sich an dem gebrochenen Gerüst eine Rückenlehne befand, ließ sich nicht mehr feststellen. An dem gebrochenen sowie an dem darunter befindlichen Gerüst befand sich keine Fangvorrichtung. Auch bei den anderen Gerüsten, die an dem Hause errichtet waren, wurden durchweg von Fällnis zerlegte Streicher verwendet; ebenfalls lagen die Hebel mehr als zwei Meter auseinander. Schuh- oder Fanggerüste waren ebenfalls nicht zu sehen. Es wäre zu wünschen, daß die amtliche Baukontrolle den Schutzvorrichtungen mehr Aufmerksamkeit schenkt und mangelhafte Gerüste nicht als den Anforderungen genügend durchgehen läßt. Mehr Schutz den Bauarbeitern!

### Allgemeine Rundschau

**Martin Mark 65 Jahre alt.** Der Redakteur des Malerverbandes, Kollege Martin Mark, vollendete am 12. Oktober sein 65. Lebensjahr. Seit 30 Jahren ist er Schriftleiter seines Verbandes und hat während dieser Zeit in dem ihm anvertrauten Blatte die Interessen seiner Berufskollegen mit Umsicht und Energie vertreten. Martin Mark erfreut sich trotz seiner 65 Jahre robuster Gesundheit und guten Humors. Wir gratulieren herzlich zu seinem Lebensjubiläum und wünschen, daß er noch lange Jahre in der von ihm gewohnten Weise im Interesse der Arbeiterschaft wirken möge.

**Tagung des Dewog-Revisionsverbandes.** Die diesjährige Verbandstagung des Dewog-Revisionsverbandes ist vom 14. bis 16. November 1930 in der Stadthalle zu Magdeburg. Referieren werden Reichsarbeitsminister a. D. R. Wiffell, Landtagsabgeordneter W. Brüggemann, Oberbürgermeister Weims, stellvertretender Verbandsvorsitzender Diekmann, Verbandsreferent Dr. Bodien und Geschäftsführer Plumböhm. Gelegentlich sollen dann auch Siedlungsbauten des Vereins für Kleinwohnwesen in Magdeburg besichtigt werden.

**Gehirnverkleisterung.** Die Buchhandlung Herrn. Weier, Leipzig-R., verleiht allerhand Reklametzettel. Sie macht in Büchern, Lee und manchem anderen. Dabei verleiht sie auch Waschzettel gegen die Sozialdemokratie. In einem solchen Zettel wird erklärt, die Sozialdemokratie behauptet, die Interessen der kleinen Leute und des Mittelstandes zu vertreten, und es wird dann weiter gesagt: „Nun, bitte, schafft uns Wohnungen! Die reichen Leute haben alle welche, nur wir nicht. Die Sache ist sehr einfach. Laßt die Bauhandwerker, die ja meistens Genossen sind, im Sommer 10 bis 12 Stunden arbeiten. Sterben tut kein Arbeiter von der Mehrarbeit. Er wird nicht einmal krank davon. Im Winter und bei Regenwetter hat er ja genügend Zeit zur Erholung. Früher mußten die Leute noch stundenweit zur Arbeitsstätte laufen und erreichten trotzdem ein sehr hohes Alter. Durch die Längere Arbeit werden 20 bis 25 Prozent Wohnungen mehr hergestellt.“ Also die Sache ist ganz einfach und das ganze Gerede über Wohnungsnot und das Fehlen von Geldmitteln zur Herstellung von Wohnungen ist bloßes Gequatsche. Unsere Kollegen brauchen bloß täglich 10 bis 12 Stunden zu arbeiten und dann dauert es gar nicht lange, bis alle Wohnungsuchenden untergebracht sind, denn durch Längere Arbeit werden ja 20 bis 25 Prozent Wohnungen mehr gebaut. Allerdings kann der Verfasser nicht gut rechnen. Wenn 12 Stunden täglich gearbeitet wird, dann sollten eigentlich 50 Prozent mehr Wohnungen hergestellt werden als beim Achtstundentag. Und nun hören wir weiter: „Vor dem Kriege baute man ein vierstöckiges Haus bequem in 9 bis 12 Monaten; heute braucht man 1 1/2 Jahre dazu. Bedenkt, was das allein an Bauzinsen frißt. Viele Arbeiter möchten ja auch ganz gern länger arbeiten, aber die Parteiführer gestatten das nicht. Wenn diese Gesellschaft keine Wohnung hätte, dann müßten die Arbeiter sicher Tag und Nacht arbeiten. Merkt euch das bei den Wahlen!“ Vorne quatschig und hinten quatschig! Es ist richtig, daß man früher manchmal 1 1/2 Jahre zur Herstellung eines Hauses gebraucht. Heute wird die Geschichte oft in Akkord in einigen Monaten hochgeschuftet. Und die Lohnarbeit, die heute weit intensiver ausgenutzt wird, führt zu ähnlichen Ergebnissen. Der Mann, der dies alles geschrieben hat, muß an Gehirnverkleisterung leiden. Aber das Beispiel zeigt, was man alles bei den letzten Wahlen den Armen im Geiste als Kostproben vorgesetzt hat!

**Ein neues Preisausschreiben des Sozialistischen Kultur-Bundes.** Seit Jahren besteht das Bedürfnis nach einfachen, leicht verständlichen, mitreißenden Gesängen, die bei Umzügen, Versammlungen, Festen und Feiern von den Massen gesungen werden können. Um diesem Mangel zu steuern, hat der Sozialistische Kultur-Bund ein Preisausschreiben erlassen. Nach den Bestimmungen sollen Lieder eingereicht werden, die in Dichtung und Weise volkstümlich sind und unmittelbar von allen gesungen werden können. Es können Lieder und Gesänge mit und ohne Begleitung sein, einstimmige oder leicht eingehende zwei- und mehrstimmige Gesänge. Alle Möglichkeiten vokaler Behandlung sind freigestellt, jedoch wird auf die Gewinnung einer bleibenden volkstümlichen Weise besonderer Wert gelegt. Die Dichtungen sollen lebendig sein und unmittelbar aus dem Fühlen und Denken unserer Tage herauswachsen. Als Vorlagen können bereits veröffentlichte oder für diesen Zweck neu geschaffene Dichtungen verwandt werden; die Kompositionen dürfen aber nicht verfaßt sein. Bekannte Lieder sollen auch nicht bearbeitet werden. — Der Preis für das beste Lied beträgt 500 M., außerdem sind noch Preise zu je 300 und 200 M. ausgesetzt. Der letzte Termin zur Einreichung ist der 1. Januar 1931. Sie ist zu richten an den Sozialistischen Kultur-Bund, Arbeiter-Musik-Kommission, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Die eingereichten Manuskripte dürfen weder den Namen des Komponisten tragen, noch von seiner Hand geschrieben sein; sie müssen auf der ersten Seite ein Kennwort aufweisen, das zusammen mit dem Namen und der Anschrift des Komponisten in einem versiegelten Beigefäß mit Umschlag enthalten sein muß. Die Entscheidung des Prüfungsausschusses wird am 1. April 1931 bekannt gegeben.

**Auch Siedlungsbauvorhaben für Kriegsoffer gefährdet!** Wie uns mitgeteilt wird, sind die der Bau- und Bodenbank zur Verfügung gestellten Mittel des Reichswohnungs-fürsorgefonds für Kriegsofferbauvorhaben um 50% gekürzt

worden. Nach Meldungen aus dem Bereiche verschiedener Hauptversorgungsämter ist auch das für die Zwecke der Kapitalabfindung zur Verfügung gestellte monatliche Kontingent erheblich gekürzt worden. Man rechnet damit, daß ähnlich wie im Vorjahre im Erlaßwege Anordnungen getroffen werden, wonach für dieses Rechnungsjahr Kapitalabfindungen unmöglich gemacht werden. — Gegen derart einschneidende Maßnahmen kann nicht entschieden genug protestiert werden.

**Anhaltende Senkung des Zementabfahses.** Auch im September hat der während des ganzen Sommers ungewöhnlich niedrige Zementabfaß keine Belebung erfahren, er ist sogar noch weiter auf 510 000 Tonnen gegenüber 512 000 Tonnen im August zurückgegangen. Im September 1929 lag der Abfaß um über 40% höher. Es zeigt sich, daß weder das Beschaffungsprogramm der Regierung noch die zusätzlichen Wohnungskredite eine Besserung herbeizuführen vermochten.

**Senkung der Zementpreise.** Wie der Deutsche Zementbund mitteilt, hat der Norddeutsche Zement-Verband für sein ganzes Syndikatsgebiet mit sofortiger Wirkung die Aufpreise für hochwertige und fogenannte höherwertige Zemente um weitere 20% gesenkt. Ferner sind an zahlreichen Orten die Fabrikmarkenpreise für normale Zemente um etwa durchschnittlich 2 M je Tonne ermäßigt worden; ferner haben für fast alle norddeutschen Empfangsstationen die Preise für die garantiert normengemäßen Pionierzemente eine Senkung um etwa durchschnittlich 25 bis 30 M erfahren.

### Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Vom 9. bis 15. Oktober haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gesandt: Aue 600, Ahrens-bück 418,45, Auerbach 1000, Alshersleben 572,30, Almburg 150, Ansbach 960,80, Alschaffenburg 1097,30, Altleben 75, Arttern 234,20, Baldenburg 160,45, Büsum 145,50, Bruns-haupten 100, Bahn 189,55, Burg b. M. 385,55, Baiersbrunn 418,80, Breslau 17 874,64, Borna 1877,84, Barth 175,90, Boizenburg 782,70, Burg a. Fehm. 230,15, Berlin 20 000, Bernburg 471,10, Brandenburg 1167,79, Burgstädt 600, Bargeheide 162,85, Brake 150, Bergen 448,65, Bocknem 210,70, Cottbus 750, Colditz 150, Crivitz 41,95, Castellane 506,50, Dorfen 238,40, Dessau 1500, Demmin 635,05, Dargun 72,40, Darmstadt 1500, Detmold 1715,10, Döbeln 1043,25, Deutsch-Raffelwitz 1758,51, Delmenhorst 441,80, Düren 187,65, Drochtersen 390,45, Dahme 80,45, Erding 32,40, Eufin 251,25, Eschwege 500, Elbing 1000, Eichhof 148,50, Eisenach 857,85, Ebstorf 259,40, Friedland 150, Freiberg 1000, Füssen 45,35, Frankenstein 204,90, Freiburg i. Br. 1000, Freien-walde a. d. O. 369,10, Frankenberg 1840,95, Fürstenberg 179,05, Greifenberg i. Pom. 379,80, Greifswald 300, Goslar 950, Gollnow 443,10, Greiffenberg i. Schl. 1500, Genthin 480, Gießen 800, Glauchau 1800, Großbeeren 573,05, Grömitz 342,75, Garz a. R. 235,80, Großhüden 195,70, Görlitz 1000, Gützkow 93,40, Großenhain 850,40, Hildesheim 1396,41, Harfeld 345,55, Hameln 1500, Herford 2000, Heiligenhafen 60,45, Hof 14 744,54, Hirschberg 2100, Hersfeld 800, Heff-stedt 250, Hagenow 119,55, Helmstedt 3334,32, Holzminden 481,60, Hammerstein 194,17, Heinrichswalde 80,85, Jüter-bog 739,20, Jena 700, Konftanz 800, Kaiserslautern 5000, Klosterlausnig 300, Kronach 783,50, Kiel 8000, Kempten 80,30, Laage 91,90, Lingen 413,50, Laufen 112,45, Lindau 23,90, Liegnitz 3055,14, Laucha 304,20, Landsberg a. Lech 154,80, Limburg 1000, Lübeck 7000, Landsberg a. d. W. 2034,70, Lüthene 233,45, Lützenfeld 12, Michendorf 469,40, Mies-bach 241,70, Mirrow 164,60, Mindelheim 156,10, Marburg 900, Mühlberg 178,23, Malchin 170,75, Marlow 76,65, Marienwerder 500, Meiningen 2250, Memmingen 528,90, Meppen 1225,30, Moosburg 277,55, Meiersberg 94,75, Naugard 101,25, Nauen 110,25, Naumburg 355,05, Nörd-lingen 93,65, Neuhaus 383,25, Neustadt i. Holst. 9,35, Neu-stein 245,90, Neustadt a. d. Orla 134,20, Nordhausen 1400, Neife 600, Neustrelitz 200, Nordenham 70,30, Nebra 306,85, Nossenfinerhütte 158, Osabrück 1100, Oppeln 2172,59, Olbernhau 3216,02, Oldesloe 325,15, Orb 1251,52, Parchim 45, Polzin 85, Patzschkau 250, Penzlin 130,35, Prenzlau 1013,05, Peine 1000, Pirna 2500, Plauen i. V. 6238,61, Pyrmont 229,35, Querfurt 243,75, Räßringen 1600, Röbel 158,50, Rostock 2120,49, Reddinghausen 1406,01, Reufingen 400, Riesa 252,35, Regensburg 1570, Rheinsberg 166,85, Regenwalde 789,10, Schneidemühl 2400, Salzwedel 303,05, Soltau 617,60, Seehausen 178,40, Strasburg 168,35, Stern-berg a. d. O. 62,80, Stuttgart 8000, Seesen 500, Sagard 69,65, Schleswig 1150, Steinach 612,30, Stolp 2300, Steinau 2743,54, Stendal 1050, Schloßheim 200, Sangerhausen 201,05, Steffin 12 670,76, Sorau 750,60, Swinemünde 434,20, Sagan 375,95, Saarmund 356,15, Salzhäufen 225,70, Schwarzenbek 451,20, Trachenberg 303,25, Templin 719,40,

### Pünktlichen Zahlern fällt der Beitrag leicht!

Für die Woche vom 19. bis 25. Oktober ist der 43. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

Torgelow 158,10, Tuffingen 1000, Torgau 2705,08, Tessin 598,80, Trikau 306,65, Tegernsee 302, Leterow 260,85, Tilsit 1000, Velten 1200, Wuppertal 10 343,25, Wernigerode 598,90, Wpk 251,60, Waldeshöhe 6,98, Weissenfels 550, Weißenhof 500, Wismar 236,58, Wittlingen 295,15, Winfen, Aller 94,90, Wiesbaden 4729,80, Wollin 415,75, Zielenzig 301,75, Zwickel 62,40, Züllichau 45, Zehdenick 426,40, Zarenthin 88,15, Ziefar 110.

**Kalender:** Alshersleben 15, Bahn 15, Bodwitz 18, Brieg 30, Bückow 9, Freiwaldau 18, Göttingen 30, Gützkow 9, Heinrichswalde 6, Landsbut i. Bay. 90, Mannheim 360, München 600, Neumarkt 27, Querfurt 3, Sorau 30, Swine-münde 24, Torgelow 12, Würzburg 60.

**Buchhüllen:** Castellane 15, Delmenhorst 37,50, Drochtersen 1,50, Freienwalde 3, Landsberg a. d. W. 9, Luckenwalde 9, Ojhaß 6, Pyrmont 9, Wittenberge 37,50.

**Markenmappen:** Bremerhaven 25, Delmenhorst 1,25, Leipzig 12,50, Parchim 1,50, Wpk 2,50.

**Verschiedene Schriften:** Berlin 9, Brieg 10,20, Großenhain 7,20, Landsberg a. d. W. 6, Waldenburg 2.

**Bundesnadeln:** Berlin 14, Boizenburg 12,50, Castellane 12,50, Drochtersen 2,50, Gelsenkirchen 12,50,

Großenhain 12,50, Heiligenhafen 0,50, Landsberg a. d. W. 8,20, Lützenfeld 7,50, Ojhaß 3,50, Schleswig 33, Salz-häufen 0,70, Torgelow 6,25, Verden 1,25.

**Grundstein-Einbände:** Luckenwalde 2, Parchim 5, Stendal 4.

**Baubände:** Altföfing 0,50, Deutsch-Raffelwitz 2,70, Eisenach 4,60, Lützenfeld 2,80, Lyck 4,10, Mannheim 12,40, Stendal 17, Wittenberge 1.

**Blattliste:** Ansbach 1,25, Alshersleben 1,50, Brieg 1,35, Buer 25,20, Dahme 1,35, Finsterwalde 23,20, Lübben (Cottbus) 5,87, Miesbach 1,20, Parchim 1,35, Penzlin 4,60, Riesa 1,50, Torgau 16,40, Verden 1,20, Aue, Alfeld, Arttern, Büsum, Bielefeld, Baiersbrunn, Breslau, Burg a. Fehm, Bückow, Berchtesgaden, Bergen, Baldenburg, Bremer-haven, Colditz, Crivitz, Dorfen, Drochtersen, Erding, Eufin, Eisenach, Ebstorf, Füssen, Frankenstein, Friedland, Fürst-enberg, Greifswald, Gelsenkirchen, Großhüden, Gützkow, Gölken, Hagen, Hildesheim, Harfeld, Holzkirchen, Ha-genow, Jüterbog, Kempten, Laage, Lindau, Luckenwalde, Landsberg a. L., Lindenberg, Lüthene, Malchin, Marlow, Meiningen, Memmingen, Neustadt i. Holst., Neustettin, Neife, Neustrelitz, Nördlingen, Nebra, Pyrmont, Querfurt, Röbel, Rosthemühl, Reufingen, Regensburg, Regenwalde, Sternberg a. d. O., Sagard, Schnewerdingen, Steinach, Schwein-furt, Schloßheim, Sangerhausen, Swinemünde, Salzhäufen, Leterow, Litz, Waldenburg, Waldeshöhe, Wernigerode, Weferberg, Winfen (Aller), Wollin, Würzen, Zarenthin, Ziefar je 1,30.

### Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

- Alfeld. (Duingen.) **H. Krebs**, Steinzeugarb., 75 J. alt. (Bruntenen.) **Wilhelm Schwarze**, M., 56 J. alt.
- Bitterfeld. (Düben.) **Karl Aleit**, Maurer, 62 J. alt.
- Chemnitz. **Kurt Geipel**, Hilfsarbeiter, 44 Jahre alt.
- Danzig. **Albert Elsner**, Töpfer, 44 Jahre alt.
- Dresden. (Weißig.) **Emil Felsner**, Maurer, 65 J. alt. **Max Müller**, Hilfsarbeiter, 55 Jahre alt.
- Düsseldorf. **Franz Leszczynski**, Maurer, 49 J. alt. **Georg Steinhauer**, Hilfsarbeiter, 67 Jahre alt.
- Frankfurt/M. (Rangen.) **J. A. Hofmann**, Rabitzer, 64 J. (Ober-Wöllstadt) **Heinrich Ulrich**, Hilfsarb., 25 J. (Frehan. Ober-Weienthal.) **Wilhelm Kricke**. (Guhre.) **Wilhelm Pratsch**.
- Görlitz. **Gotlieb Müller**, Maurer, 59 Jahre alt.
- Hameln. (Groß-Berfel.) **Wilhelm Fricke**, M., 68 J. Hannover. (Ronnenberg.) **H. Bochler**, H.-M. 21 J. (Lueden.) **Fritz Klein**, Maurer, 32 Jahre alt. **Franz Perschke**, Maurer, 38 Jahre alt.
- Katzenruhe. (Lindenheide.) **K. Lang**, Gipser, 44 J. alt. (Friedenfeld.) **Karl Latour**, Maurer, 35 Jahre alt.
- Köln. **Michael Schlösser**, Grundarbeiter, 64 J. alt. **Hubert Froitzheim**, Stukfateur, 43 Jahre alt. **Johann Lützenkirchen**, Maurer, 56 Jahre alt. **Josef Danz**, Grundarbeiter, 74 Jahre alt. **Matthias Meger**, Maurer, 72 Jahre alt. **Anton Claßen**, Maurer, 27 Jahre alt. **Wilhelm Lindner**, Stukfateur, 33 Jahre alt. **Jean Reuter**, Stukfateur, 72 Jahre alt. **Heinrich Stiefel**, Hilfsarbeiter, 62 Jahre alt. **Hubert Hermann**, Buzer, 63 Jahre alt.
- Leipzig. **Friedrich Deutrich**, Töpfer, 55 Jahre alt. **Oswald Gabel**, Glaser, 68 Jahre alt. **Louis Köllner**, Hilfsarbeiter, 73 Jahre alt. **Paul Oehre**, Maurer, 51 Jahre alt. **Werner Schlippe**, Maurerlehrling, 15 Jahre alt.
- Mannheim. (Birnheim.) **Michael Ringhof**, M., 49 J. (Ivesheim.) **Jakob Schmieder**, Maurer, 64 J. alt. **Nossenfinerhütte**. **Ernst Ihrke**, Maurer, 19 J. alt. **Orb**. **Friedrich Banner**, Hilfsarbeiter, 39 Jahre alt. **Reddinghausen**. **Christian Bock**, Maurer, 55 J. alt. **Senftenberg**. (Beitzwitz.) **Emil Noack**, M., 32 J. alt. **Schwerin**. **Wilhelm Nähn**, Maurer, 40 Jahre alt. **Waldenburg/Schl. (Cgl.)** **Heinrich Grosser**, M., 56 J. **Paul Schnabel**, Hilfsarbeiter, 24 Jahre alt. **Zittau**. (Seitendorf.) **Helmut Roscher**, M., 21. J. alt.

Ehre ihrem Andenken!

### Bücher u. Schriften

**Nichtlinien für die Rohbau- und Gebrauchsabnahme an Kamin- und Heizungsanlagen.** Bearbeitet im Auftrage der technischen Organi-sation des Bayer. Kaminkehrergewerbes von Gemeinrat Beninger. Feuerföhrverlag Ph. L. Jung, München 7. Preis 0,50 M. Bei Partie-bezug billiger.

**Briden in Eisenbeton.** Von C. Kersten. Dieses Buch als 5. neu bearbeitete Auflage mit seinen 555 Zeichnungen ist ein Leit-faden für Schule und Praxis. Es ist eine Ergänzung vorbandener Lehrbücher im Brückenbau und bringt eine zweckmäßige und übersichtliche Zu-sammenstellung, deren ein Techniker bei Entwurf und Bauausführung von gewölbten Eisenbetonbrücken stets benötigt. Im Abschnitt A wird die Gestaltung der Bogenbrücken, neben dem Allgemeinen werden die verschiedenen Bau- und Bewehrungsarten behandelt. Ebenso gibt der Abschnitt B reiche Belehrung über Bogenbrücken und Bauausführung, dem der Abschnitt C mit seinen Berechnungsgrundlagen für Bogen-brücken nicht nachsteht. Zu empfehlen ist dies inhaltreiche Lehrbuch jedem, der die nötigen Vorkenntnisse der allgemeinen Brückenstatik besitzt. Im Verlag von Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin W 8, Wilhelm-straße 90, ist dies Buch zum Preise von 15 M. gebunden und 10,50 M. in Leinen gebunden erhältlich.

**„Die Arbeit.“** Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschafts-tunde. Herausgeber Theodor Leipart.

**Die Nervenschwäche, ihre Behandlung und Heilung.** Von Dr. med. Kallenberg, Nervenarzt. Preis 2 M. Bruno Wilkens Verlag in Hannover, Schiedenstr. 6. Ueber dieses Buch werden sicher viele Neuauflagen bestellt sein. Gibt hier doch ein Facharzt beherrigens-werte Ratsschlüsse, die in einer langen Praxis erfolgreich erprobt sind und die zur Wiedergesundung führen sollen.

Verlag: Deutscher Bauergewerksbund (Nikolaus Bernhardt). Schriftleiter: Arthur Schmit. Verantwortlich für den Angelei: Paul Lange, Berlin SW 11. Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Berlin SW 68.

**Fordern Sie überall**

**Original M. Mosberg**

Die beste Kleidung f. Bauhandwerker  
Die unerreichten Verzeuge.  
Die altbewährten echten Islander.  
Stets genau auf Firma und Schutzmarke achten.  
Wo nicht vertreten, direkter Versand ab  
Bielefeld. — Preislisten gratis.  
**Firma M. Mosberg, Bielefeld.**  
Jöllenbecker Straße 55



**So billig wie nirgends**

**Weihnachts-Katalog gratis!**

**Sigurd-Gesellschaft**  
Hassel 368

**Sie schaffen es auch**

bis zum Polier, Bauleiter, Maurermeister, Bautechniker, Vermessungstechniker, Baugewerksmeister, Bauingenieur wenn Sie sich gründliche Fachkenntnisse durch die Unterrichtsbriefe des Systems Karnack aneignen. Karnack ist das jahrzehntelange erprobte und bewährte Selbstunterrichtssystem, mit brieflichem Einzelunterricht, das Ihnen Abschlußprüfung nach beendigtem Studium bietet. Ferner Nachholung versäumter Schulprüfungen (Obersekundarstufe, Abitur) durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rustin. Ebenso kaufmännische, fremdsprachliche und musikwissenschaftliche Ausbildung. Bequeme Monatszahlungen. Berufsberatung und Prospekte kostenlos.

**Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam-B. 68.**

**Reellste Bezugsquelle!**  
**Neue Gänsefedern**  
von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, Pfd. 3,—, diese beste Qualität 8,50, nur kleine Federn (Halbdaunen) 5,—, 1/2 Daunen 6,75, gereinigte, geriss. Federn mit Daunen 4,— u. 5,—, hochfeine, prima 5,75, allerfeinste 7,50. 1a Volldaunen 9,— u. 10,50. Für reelle, staubfr. Ware Garant. Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgel. nehme auf meine Kost zurück.

**Willy Manteuffel, Gänsemast, Gegr. 1852, Neutrebbin 5 b (Oderbr.)**

**Louis Mosberg, Bielefeld**  
1868 — 60 — 1928

**Verlangen Sie in der Welt überall**  
**Louis Mosberg's bewährte Berufskleidung**

Isolerendes Leinwandwasserwagen, Kellerr. mit der Wasserwaage

**EISU-Betten** Schlafzimm., u. Holz-, Stahlmatr., Kinderb., Polst., Chaisel, an jeden Teilzahlkatalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

**Billige böhm. Bettfedern**  
nur reine, gutfüllend. Sorten  
Ein Kilo graue geschlissene 3 Mk., halbweiß 4 Mk., weiße 5 Mk., bessere 6 Mk., 7 Mk., daunenweich 9 Mk., 10 Mk., beste Sorte 12 Mk., 14 Mk., weiße ungeschl. 7,50 Mk., 9,50 Mk., beste Sorte 11 Mk. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. **Benedikt Sackel, Lobes Nr. 9 bei Pilsen, Böhm.**

**Erfinde!**  
Broschüre: „Was noch erfunden werden muß!“ mit „Praktischen Winken“ gratis. Patent-Ingenieur Folkmar, Berlin-Charl. 4, Fritsche 34/z

**Musikinstrumente** zu herabges. Preis.  
**Wolf & Comp., Klingenthal Sa. 709.** Groß. Katal. umsonst.

An alle Kollegen wird m. Preisliste u. Muster fr. Haus geschickt. Schreiben Sie heute noch an Spezialfabrik f. Berufs-kleidung Hochfeld, Dresden, Ritterstr. 2

**Herbstturen mit Pflanzenheilsäften**

**Haben bei allen Krankheiten große Erfolge!**

Nur wenige Menschen sind ganz gesund, fast alle tragen die Veranlagung zu Krankheiten in sich und fallen diesen meistens im Herbst oder Frühjahr zum Opfer. Rechtzeitige Vorbeugung ist das Beste, was man dagegen tun kann. Jetzt ist die günstigste Zeit, sich im Kampf gegen die herbstlichen und winterlichen Gesundheitsgefährdungen durch eine Kur mit giffreien Heilpflanzen-Säften zu kräftigen. Reinigung des in alle Körperteile dringenden Blutes u. a. nach Operationen und Medizinalergiftungen, Beseitigung aller Fremdstoffe durch gründliche Blut-, Darm- und Hierenreinigung und Anregung aller Ausscheidungsorgane, Beförderung schummernder Krankheitskeime und damit Vorbeugung gegen Furunkulose, Sämerchen, Arterienverkalkung, Grippe usw., Stärkung der Körper- und Geisteskräfte, wohlthätiger Einfluß auf alle Organe, Besserung des Aussehens, Aufheiterung des Gemüths, Steigerung der Arbeitslust und Arbeitskraft — kurz, eine Art Verjüngung sind die natürlichen Folgen.

Bei chronischen Krankheiten, z. B. des Herzens, des Nervensystems, der Atmungsorgane, bei Gicht, Rheuma, Überverfaltung, Zuckerkrankheit, Darm- und Magen-, Nieren- und Nervenkrankheiten, bei Schwächezuständen, bietet sich die beste Gelegenheit, durch das uralt. jetzt wissenschaftlich angewendete Pflanzenheilsäfte die Gesundheit wiederherzustellen, aber in fortgeschrittenen Fällen wenigstens Binderung zu erreichen. Die Säuren mit giffreien Heilpflanzen-Säften erfordern keine Verabreichungen, sie sollen eine Behandlung im Sanatorium ersetzen.

Wir stellen aus feinsten Heilpflanzen gefilterte, giffreie Kräuter- und Pflanzenheilsäfte gegen nebenstehende Krankheiten her. Bitte probieren sie dieselben. Sie werden damit zufrieden sein. Angabe der Nummer genügt. Flasche 3,— Mk., ab 3 Flaschen franko! Statt Kräuterheilsäfte können gegen die gleichen Krankheiten und unter den gleichen Nummern auch Kräuter-Tees, Pulver, Tabletten oder Kräuterpulverkapseln (mit Kräuterpulver gefüllte, kleine, leicht und angenehm einzunehmende Oblatenkapseln) geliefert werden. Preis jeder Packung auch 3,— Mk.

**Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg & 306 (Bad.).**

Nr.	Anzuwenden bei:
3	Appetitlosigkeit, Magen-schwäche.
4	Arterienverfaltung, hohen Blutdruck, Schlaganfällen.
6	Brondial, Asthma- und Stimm-schwächen, Verschleimung.
11	Bettläger, Blasen-schwäche.
12	Blasen- und Nierenleiden.
14	Diabetes (Zuckerkrankheit).
19	Harnsäure, Gicht, Rheuma, Gelenksentzündungen, Hautausschlag, Blut- und Stoffwechsellkrankheiten.
23	Brust- und Lungen-Katarrh.
26	Darmerkrankung, Stuhlverstopfung.
28	Diabetes (Zuckerkrankheit).
31	Gicht, Krampfadern.
34	Epilepsie und Krampfanfällen.
40	Gallensteine und -gicht.
44	Harnsäureleiden, Gicht, Rheuma, Gelenksentzündungen, Sämerchen, Blasenleiden.
49	Hämorrhoidalleiden.
52	Herzschwäche, Herzleiden.
60	Kopf- und Gehirnerkrankheiten.
64	Leber-, Milz- und Gallenleiden.
65	Lungen-Substanzleiden (toll- und tussivulverfällige).
68	Magen-schwäche, Magen-säure u. allen daraus herrührenden Magen- u. Verdauungsleiden.
70	Magen- und Darmgastroenteritis.
80	Nervenschwäche, Nervenleiden.
82	Sexual-Nervenschwäche.
94	Wassersucht, Nierenleiden.
98	Band-, Gicht-, Nierenleiden.

Bitte fordern Sie die Lehrreihe gratis. Die Heilkräfte der Kräuter sind heute bei uns an!

**Wilhelm Pahr**  
jetzt:  
**Berlin, Brunnenstraße 78.**

**Togal**  
unübertroffen bei  
**Rheuma / Gicht**  
**Kopfschmerzen**  
Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten. Entfernt d. Harnsäure! 6000 Ärztegutachten! Vollkommen unschädlich. Fragen Sie Ihren Arzt.

**Gummiwaren**, hygien. Artikel, Preis. G. I. grat. „Medicus“ Berlin SW 68, Alle Jacobstr. 8

**Saubsägen**  
HOLZWERKZEUGE VORLAGEN GRATIS  
**J. BRÜNDEL**  
Mutterstadt 37 Platz.

Diese Uhr  
24-Std.-Zifferbl. 1a Ankerwerk v. m. verg. Ränd. sow. g. Kaval-kett. m. 2jäh. schriftl. Gar. f. n. zus. 6,50 Mk. Erwin R. Barthold, Halle a. S. 21

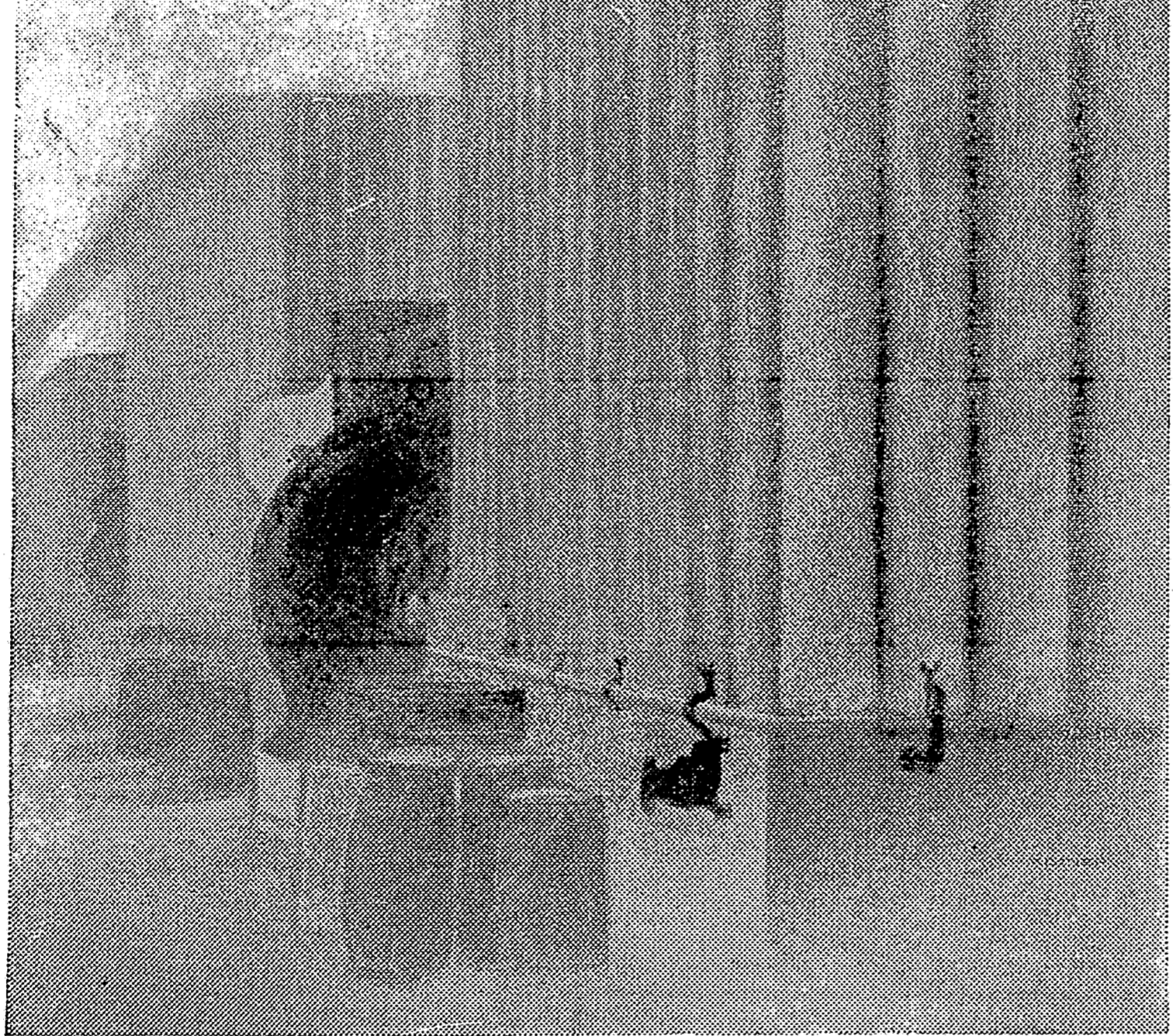
**Sanitas-Depot, Halle a. d. S. 174 L.**

**Speck**  
Rippen 1,08  
Leisten 0,98  
Schinken 1,35  
Cervelatwurst 1,40  
Salamiwurst 1,40  
Plockwurst 1,40  
Schink-Plockwurst 1,50  
Prinzel-Teewurst 1,50  
alles geräuchert in Postkolli à 9 Pfd., auch gemischt.  
9 Pfd. Schweinefleisch 3,50  
9 Pfd. ger. Schweineköpfe 5,80  
4 1/2 Pfd. rote Kugelkäse  
und 100 speckige Harzer 3,60  
alles freibleibend ab hier Nachn.  
**H. Krogmann, Norori (Holst.) 440**  
Fleischwaren u. Käsefabrik.

**Ischias-, Gicht- und Rheumatis-muskranke**  
teile ich gern kostenfrei mit, wie ich vor 5 Jahren von meinem schweren Ischias- u. Rheumaleiden in ganz kurz. Zeit befreit wurde.  
**Jean Stiefing, Rantzenpöcher, Frankfurt a. O. 280, Hindenburgstr. 33**

**Ehe Sie Betten** kaufen, verlang. Sie Preisliste gratis und franko. Fertige 1 1/2-schliffrige Betten, echt rot, federdicht 1a Inlett, Oberbett m. 7 Pfd. 15,85, 19,70, 23,75. Unterbett mit 6 Pfd. 14,90, 18,20, 22,50. 1 Nissen mit 2 1/2 Pfd. 4,50, 5,90, 6,90. Vollständige Betten 35,—, 43,—, 53,—. Bettfedern Pfd. 1,25, 1,90, 2,40; Halbdaunen Pfd. 3,—, 4,50, 5,50; Daunen Pfd. 8,50, 10,50, 12,50 M. Umtausch od. Geld zurück. Viele Dank-schreiben. Nachn.-Vers. Bettendr. H. Möller, Kassel 43, Münchenerstraße 8 1/2.

**Abgabe von jedem Artikel bis 100 M bzw. 20 Dtdz. an einen Kunden. Versand erf. p. Nachn. v. Mk. 10.— an. Portofreie Lieferung von Mk. 20.— an. Zurückn. jeder Ware auf m. Kosten. Zurückzahlung d. vollen ausgelegten Betrages, w. trotz d. Billigkeit etwas nicht entspr. sollte. Zurückzahlung d. voll. Betr. auch dann, wenn Sie nicht d. volle einwandfr. Ueberzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung d. guten Qualitäten bedeutend billiger als andererseits sind.**  
**Jos. Witt, Weiden 54 Opt.**



**48400 KILO STAUB!**

Monat für Monat wird diese Staubmenge von den Filterkammern unserer Entstaubungsanlagen aufgefangen. Nicht weniger als 36 Güterwagen müssen die Last im Laufe eines Jahres aus unseren Fabriken tragen. Diese gewaltigen Staubmengen, für die wir den vollen Tabakpreis bezahlen mußten, gehen allerdings der Produktion verloren; sie sind zu nichts anderm mehr zu gebrauchen als zur Schädlingsbekämpfung im Gartenbau. Wir glauben aber, daß sich die Kosten und Mühe einer gründlichen Tabaksentstaubung lohnen; denn unser Verfahren hat den Vorteil, daß Haus Neuerburg-Zigaretten nicht bitter schmecken und daß sie außerordentlich bekömmlich sind.

**HAUS NEUERBURG G.M.B.H**

**OVERSTOLZ 5 PF.**  
staubfrei  
schmeckt niemals bitter!

Sie können unsere Angaben nachprüfen: Wenn Sie durch eine Haus Neuerburg-Zigarette blasen - che sie brennt -, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken.